



V 6458 E

31 a

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

24. Jahrgang · Heft 4

April 1972

Grafik des Monats: Stellenkegel öffentlicher Dienst

Aufsätze:

- X Volkszählung und Fortschreibung ← *Mitarbeiterkon*
- Vermögen der Haushalte
- Schichtung der Einkommensteuerpflichtigen

z. K. (S. 70 ff.)

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1970/71	1971/72	Veränderung in %	
		Monatsdurchschnitt September bis Januar ¹			
INDUSTRIE²					
Produktionsindex	1962 = 100	167	166	-	0
Beschäftigte	1 000	193	190	-	2
Umsatz ³	Mill. DM	1 130	1 281	+	13
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	25	23	-	5
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT					
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	8,5	8,2	-	3
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	2 012	2 700	+	34
HANDEL					
Ausfuhr	Mill. DM	177,0	241,7	+	37
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	165,0	188,8	+	14
VERKEHR					
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	7 065	6 942	-	2
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)					
Einkaufspreise für Auslandsgüter ⁴	1962 = 100	106,8	104,0	-	3
Grundstoffpreise ⁴	1962 = 100	103,7	105,5	+	2
Erzeugerpreise					
industrieller Produkte ⁴	1962 = 100	109,2	113,3	+	4
landwirtschaftlicher Produkte ⁴	1961/63 = 100	97,1	104,8	+	8
Lebenshaltung ⁵					
insgesamt	1962 = 100	124,9	132,7	+	6
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	117,1	124,1	+	6
GELD UND KREDIT					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite ⁶	Mill. DM	3 345	3 968	+	19
mittel- und langfristige Kredite ⁷	Mill. DM	12 666	13 911	+	10
Spareinlagen	Mill. DM	5 552	6 200	+	12
STEUERAUFKOMMEN					
Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer ⁸	Mill. DM	83	91	+	10
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	45	57	+	26
Lohnsteuer	Mill. DM	115	142	+	24
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	175	200	+	14

1) bei "Geld und Kredit": August bis Dezember 2) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke 3) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer 4) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 5) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach Verbrauchsverhältnissen von 1962 6) an die Nichtbankenkundschaft 7) an die Nichtbankenkundschaft; einschließlich durchlaufender Kredite 8) einschließlich Einfuhrumsatzsteuer

INHALT 4/72

	Seite
Aktuelle Auslese	69
Aufsätze	
Volkszählungen und amtliche Fortschreibung der Einwohnerzahl	70—75
Ausgewählte Vermögensbestände und ihre Verteilung in privaten Haushalten	76—88
Die Schichtung der Lohn- und Einkommen- steuerpflichtigen und ihrer Einkünfte 1968	88—92
Grafik des Monats	80—81
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven B (Industrie)	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 10/1971

Bautätigkeit 1970
Haushaltsnettoeinkommen
Arbeitsstätten, kreisfreie Städte
Seeschifffahrt
Beschäftigte im Maschinenbau
Einkommensteuerpflichtige

Heft 11/12-1971

Entwicklung Schleswig-Holsteins 1965—1970

Heft 1/1972

Landwirtschaftliche Betriebe 1960 und 1971
Wohnungsmieten
Altersaufbau der Bevölkerung
Essen außer Haus
Bevölkerungsvorausschätzung (Teil 2)

Heft 2/1972

Bevölkerungsentwicklung (Volkszählungen)
Wohnungen in Land und Bund
Langlebige Gebrauchsgüter in den Haushalten

Heft 3/1972

Umsätze 1970
Personalstruktur öffentlicher Dienst (Teil 1)
Gemüseanbau



STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG - HOLSTEIN

24. Jahrgang · Heft 4

April 1972

Aktuelle Auslese



Überdurchschnittliches wirtschaftliches Wachstum in Schleswig-Holstein

Das Bruttoinlandsprodukt erreichte in Schleswig-Holstein im Jahre 1971 einen Wert von 25,0 Mrd. DM, das bedeutet gegenüber 1970 eine Steigerung von 2,7 Mrd. DM oder 11,9 %, während im gesamten Bundesgebiet eine Steigerungsrate von 10,6 % erzielt wurde. Damit schneidet Schleswig-Holstein in seiner wirtschaftlichen Entwicklung im Vergleich zu den anderen Bundesländern recht gut ab, denn Schleswig-Holstein liegt hinter Bremen, Rheinland-Pfalz und Saarland an 4. Stelle unter den Bundesländern.

Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß in diesen Zuwachsraten die Preissteigerungen enthalten sind, die 1971 einen nicht unerheblichen Anteil ausmachen. Aber auch wenn man die Preissteigerungen ausklammert, ergibt sich für Schleswig-Holstein im Vergleich zum Bundesgebiet ein überdurchschnittliches Wachstum, denn die mengen-

mäßige Zuwachsrate beträgt nach ersten vorläufigen Berechnungen 4,2 % gegenüber 2,7 % im Bundesgebiet. Auf die Preissteigerungen entfallen danach in Schleswig-Holstein 7,7 %, womit Schleswig-Holstein geringfügig unter der Preissteigerungsrate des Bundes (7,9 %) liegt.



Über drei Viertel Millionen Kraftfahrzeuge

Im Jahre 1971 ist in Schleswig-Holstein der Bestand an zulassungspflichtigen Kraftfahrzeugen wieder erheblich angestiegen, nämlich um 52 000 Einheiten (+ 7 %). Er betrug damit am 1. Januar 1972 knapp 773 000 Fahrzeuge. Die Zuwachsrate des Jahres 1970 mit 9 % wurde allerdings nicht erreicht.

Den stärksten Zugang verzeichneten erneut die Personenkraftwagen, deren Bestandszahl sich innerhalb eines Jahres um 49 000 (+ 8 %) erhöhte. Der Pkw-Bestand betrug am 1. Januar 1972 fast 644 000 Fahrzeuge. Mit Ausnahme der Krafträder, deren Bestand weiter abnahm (- 7 %), verzeichneten auch die übrigen Kraftfahrzeugarten unterschiedliche Zuwachsraten, die aber, wie auch bei den Personenkraftwagen, unter denen des Jahres 1970 liegen.



Kein weiterer Beschäftigtenrückgang!

Der Beschäftigtenstand in der schleswig-holsteinischen Industrie lag im Februar 1972 zwar um gut 2 % unter dem entsprechenden Stand des Vorjahres, blieb aber im Niveau um fast 16 000 Beschäftigte oder rd. 9 % höher als im Februar 1968. Damals befand sich die Wirtschaft in einer rezessiven Phase. Von Januar auf Februar 1972 ist die Beschäftigtenzahl der Industrie in saisonüblicher Größenordnung gestiegen. Da kein Rückgang wie im Rezessionsjahr 1967 eintrat, ist die Gefahr eines konjunkturellen Einbruchs erheblich geringer geworden.

Land	Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen		Zuwachsrate 1970/71
	1970 ^a	1971 ^b	
	Mrd. DM		%
Schleswig-Holstein	22,4	25,0	11,9
Hamburg	33,1	36,4	10,1
Niedersachsen	68,7	76,8	11,8
Bremen	10,5	11,8	13,1
Nordrhein-Westfalen	194,5	212,6	9,3
Hessen	62,0	69,0	11,2
Rheinland-Pfalz	38,0	42,8	12,7
Baden-Württemberg	103,8	114,5	10,3
Bayern	115,1	128,2	11,4
Saarland	10,6	11,9	12,7
Berlin (West)	25,6	27,9	8,8
Bundesgebiet	684,2	756,9	10,6

a) erstes vorläufiges Ergebnis

b) Ergebnis der Schnellberechnung

415
2.3.
73
S. 82a."

Volkzählungen und amtliche Fortschreibung der Einwohnerzahl

In der Bundesrepublik Deutschland gab es bisher drei Volkzählungen, und zwar zu den Stichtagen

- 13. 9. 1950
- 6. 6. 1961
- 27. 5. 1970.

Eine weitere, nämlich die erste Zählung nach dem Kriege, erfolgte noch auf Grund des Kontrollratgesetzes Nr. 33 einheitlich in den damaligen vier Besatzungszonen, der amerikanischen, britischen, französischen und sowjetischen Zone sowie in Berlin unter der Bezeichnung "Volkzählung in Deutschland" am 29. Oktober 1946. Es gab also in einer Periode von 25 Jahren vier Volkzählungen. Die Seltenheit von Volkzählungen ist nicht nur durch die hohen sächlichen Kosten bedingt. Der Grund ist auch darin zu sehen, daß eine derartig umfangreiche Zählung, die jedes Gebäude, jeden Haushalt, jede Einzelperson, jede Anstalt und Ausländerunterkunft erreichen muß, einen sehr großen personellen Aufwand auf allen Stufen unserer Verwaltung, bis hinunter zur kleinsten ehrenamtlich geleiteten Gemeinde, verlangt. Nur in seltenen Fällen, zum Beispiel in den Großstädten, ist es möglich, Personal für die anfallenden Arbeiten besonders einzustellen. In den meisten Fällen muß die zusätzliche Büroarbeit vom vorhandenen Verwaltungspersonal neben seinen täglichen Aufgaben erledigt werden und das eigentliche Zählgeschäft muß von ehrenamtlichen Zählern, denen nur eine geringe Aufwandsentschädigung gegeben werden kann, erledigt werden. In der Bundesrepublik dürften während der Volkzählung 1970 rund 600 000 Zähler unterwegs gewesen sein. Diese Zahl vermittelt einen Eindruck, wie hoch der Aufwand für das Zählgeschäft anzusetzen ist. Dazu kommt noch der Aufwand für die Durcharbeitung und Aufbereitung der Millionen von Zählpapieren. Diese Umstände machen es verständlich, daß der Gesetzgeber sich scheut, allzu häufig derartige Großzählungen anzuordnen. Andererseits benötigen Verwaltungen, Planungsgremien, Institute, Wissenschaft, aber auch die Wirtschaft und die Verbände in zunehmendem Maße aktuelle Zahlen über die Bevölkerung und ihre Struktur nicht nur für das gesamte Bundesgebiet und die einzelnen Länder, sondern für jede einzelne Gemeinde, zum Teil auch für Teile von Gemeinden.

Wie wird "fortgeschrieben"?

Um zwischen den Zeitpunkten der Volkzählungen aktuelle Zahlen zumindest über den Bevölkerungsstand zur Verfügung zu haben, schreibt man die Bevölkerungszahl fort, das

heißt, man korrigiert sie fortlaufend anhand der bekannten Veränderungen durch Geburten und Sterbefälle, Zu- und Fortzüge. Ausgangspunkt einer Fortschreibung ist die bei der letzten Volkzählung festgestellte Wohnbevölkerung.

Das Prinzip bei der Ermittlung der Wohnbevölkerung fordert, daß jede Person nur einmal gezählt werden darf. Dies bereitet bei Personen, die nur eine Wohnung besitzen, keine Schwierigkeiten. Komplizierter wird es, diese Grundforderungen zu erfüllen, wenn ein Haushaltsmitglied einen weiteren Wohnraum (Unterkunft) bewohnt. Nach dem Wohnbevölkerungsprinzip wird der Betreffende dort gezählt - und nur dort -, von wo aus er zur Arbeit oder Ausbildung geht, oder - bei Nichtberufstätigen -, wo er überwiegend lebt. Diese Angaben sind verhältnismäßig einfach zu erfragen. Bei der Volkzählung 1970 diente für diese Feststellungen die 5teilige Frage 7 des VZ-Bogens:

7 Haben Sie noch eine andere Wohnung od. Unterkunft?	nein	. . .
Wenn ja:	ja	. . .
a) Gehen Sie von der anderen Wohnung/Unterkunft aus zur Arbeit oder Schule/Hochschule?	ja	. . .
	nein	. . .
b) Leben Sie überwiegend in der anderen Wohnung/Unterkunft?	ja	. . .
	nein	. . .
c) Sind Sie in der anderen Wohnung/Unterkunft behördlich gemeldet?	ja, mit Hauptwohn.	. . .
	ja, mit Nebenwohn.	. . .
	nicht gemeldet	. . .
d) Befindet sich die andere Wohnung/Unterkunft im Ausland?	ja	. . .
	nein	. . .

Selbstverständlich wirken sich lücken- und fehlerhafte Eintragungen bei dieser Frage entscheidend auf das Zählungsergebnis aus.

Schwieriger als die einmalige Feststellung durch eine Volkzählung ist es, die Bevölkerung über längere Zeiträume hinweg korrekt fortzuschreiben, obwohl Fortschreibung im Grunde lediglich eine Aneinanderreihung von Additionen und Subtraktionen ist: Zu der bei der letzten Volkzählung ermittelten Wohnbevölkerung werden Geburten und Zuzüge hinzugerechnet, von ihr werden Sterbefälle und Fortzüge abgezogen. Auf diese Weise ist es unter Einsatz von Datenverarbeitungsgeräten möglich, monatlich für jede einzelne Gemeinde als kleinste regionale Fortschreibungseinheit, aber auch für jeden Kreis, für das ganze Land und das Bundesgebiet aktuelle Bevölkerungszahlen zur Verfügung zu stellen.

In Schleswig-Holstein wurden in der Zeit vom 6. 6. 1961 bis zum 26. 5. 1970 388 000 Lebendgeborene und 269 000 Gestorbene gezählt. In der gleichen Zeit wurden 796 000 Zuzüge nach Schleswig-Holstein und 666 000 Fortzüge

aus Schleswig-Holstein sowie 1 065 000 Umzüge innerhalb des Landes registriert.

Man kann davon ausgehen, daß die insgesamt fast 660 000 Geburten und Sterbefälle ohne merkliche Differenzen der Wirklichkeit entsprechen, weil das standesamtliche Meldewesen die ordnungsgemäße Erfassung einer jeder Geburt und eines jeden Sterbefalls gewährleistet. Anders ist es leider mit der Registrierung der Wanderungsbewegungen, also der Zu- und Fortzüge. Hier muß mit bestimmten Fehlern gerechnet werden. Diese Fehler liegen natürlich nicht in den oben erwähnten Rechenvorgängen, also dem Hinzurechnen der Zuzüge und dem Abziehen der Fortzüge, sondern sie hängen hauptsächlich davon ab, mit welcher Vollständigkeit Zu- und Fortzüge den Meldebehörden bekanntgemacht werden. Die Fortschreibung ist so gut und so schlecht, wie die Registrierung der ihr zugrundeliegenden Wanderungsvorgänge.

Nach § 1 des Meldegesetzes vom 25. März 1959 muß sich jeder, der eine Wohnung bezieht, bei der zuständigen Meldebehörde anmelden. Nach § 2 des gleichen Gesetzes muß derjenige, der aus einer Wohnung auszieht, sich bei seiner Meldebehörde abmelden. Die bei diesen Gelegenheiten auszufüllenden Meldescheine sind mit den von den Standesämtern ausgefüllten Zählkarten über Geburten und Sterbefälle die Grundlage der oben beschriebenen Additionen und Subtraktionen. Sie bilden die Basis unserer Fortschreibung. Da langjährige Erfahrungen gezeigt haben, daß Abmeldungen häufiger unterlassen werden als Anmeldungen, werden im Fortschreibungssystem mit den weiter unten beschriebenen Ausnahmen grundsätzlich nur die Anmeldungen ausgewertet.

Das Statistische Landesamt wertet den Anmeldeschein im Falle eines Zuzugs nach Schleswig-Holstein oder eines Umzugs innerhalb des Landes - aber in eine andere Gemeinde - aus, indem die Person von der Wohnbevölkerung der dort ebenfalls vermerkten Fortzugsgemeinde abgezogen und der der Zuzugsgemeinde hinzugerechnet wird. Das Beziehen einer weiteren Wohnung wird nur ausgewertet, wenn diese Neben- und nicht Hauptwohnung ist. Es wird davon ausgegangen, daß die Anmeldenden am Ort der Nebenwohnung ihrer Beschäftigung nachgehen oder ihre Ausbildung erhalten. Bei Wanderungen über Landesgrenzen informiert das Statistische Landesamt, das den Anmeldeschein der zugewanderten Person erhält, das Statistische Landesamt des abgebenden Landes über den Wanderungsfall.

Abmeldescheine werden nur dann ausgewertet, wenn wegen der Art der Wanderung kein Anmeldeschein anfällt. Das ist zum Beispiel dann der Fall, wenn eine Person einen

angemeldeten Nebenwohnsitz aufgibt und ihren bisherigen Hauptwohnsitz wieder als alleinigen Wohnsitz bezieht. In diesem Fall braucht man sich nicht wieder in der Hauptwohnsitzgemeinde anzumelden. Auch bei Fortzügen in die DDR und ins Ausland werden die Abmeldescheine ausgewertet.

Auch in diesen Fällen wäre die Fortschreibung korrekt, wenn ordnungsgemäß in jedem Falle ein Abmeldeschein ausgefüllt würde. Bedauerlicherweise versäumen es aber viele sich abzumelden, wenn ein Nebenwohnsitz aufgegeben wird. Vielfach unterlassen auch ausländische Arbeitnehmer, sich an ihrem deutschen Arbeitsort abzumelden, wenn sie in ihr Heimatland zurückgehen. Von diesen Fortzügen erhält die örtliche Meldestelle entweder gar keine Kenntnis - dann bleibt diese Person als "Karteileiche" in der Meldekartei - oder sie erfährt erst viel später, daß Personen sich nicht mehr in der Gemeinde aufhalten, wenn zum Beispiel Lohnsteuerkarten oder Wahlbenachrichtigungen als unzustellbar zurückkommen. Dann hätte die örtliche Meldestelle Gelegenheit, durch Nachforschungen ihre Kartei zu bereinigen und Abmeldungen von Amts wegen durchzuführen, die dem Statistischen Landesamt weiterzugeben wären. Leider nutzen aber noch zu wenige Gemeinden diese und andere Möglichkeiten, ihre eigenen Unterlagen auf aktuellen Stand zu bringen.

Der Innenminister hat durch Runderlaß vom 20. 12. 1967¹ aus Anlaß von Überprüfungen festgestellt, daß die durch die Fortschreibung festgestellte Wohnbevölkerungszahl nicht mit der tatsächlichen Wohnbevölkerung übereinstimmt. Als wichtigen Grund hierfür hat er das Unterbleiben der vorgeschriebenen Abmeldung von Personen mit zwei Wohnungen bei Rückkehr in die Hauptwohnung bezeichnet. Der Innenminister hat in diesem Erlaß gebeten, "durch laufende Kontrollen sicherzustellen, daß die Melderegister stets berichtigt werden". In den Fällen, in denen Personen sich mit Nebenwohnung angemeldet hatten und inzwischen unabgemeldet verzogen sind, sollten Abmeldescheine ausgestellt und an das Statistische Landesamt übersandt werden. In den Fällen, in denen keine Rückmeldung vorlag, aus der die Zuzugsgemeinde zu ersehen ist, sollten Nachforschungen angestellt werden. Die Gemeinden haben diesen Erlaß in unterschiedlichem Maße beachtet.

Die Abweichungen am 27. 5. 1970

Zur Volkszählung 1961 waren 2 317 441 Einwohner festgestellt worden. Bei der neuen

1) Runderlaß des Innenministers vom 20. 12. 1967 - IV 23 d - M 105 "Melderecht"; hier: Statistik der fortgeschriebenen Wohnbevölkerung, Amtsblatt für Schleswig-Holstein 1968, S. 33 ff.

Volkszählung am 27.5.1970 wurden 2 494 104 Einwohner ermittelt. Aus dem Vergleich der beiden Volkszählungsergebnisse errechnet sich eine Zunahme der Bevölkerung um 176 663 Personen. Da der Geburtenüberschuß dieser Periode mit 119 015 feststeht, verbleibt ein positiver Wanderungssaldo von 55 648 Menschen.

Nun wies aber die laufende Bevölkerungsstatistik zum Zeitpunkt der letzten Volkszählung ein Fortschreibungsergebnis von 2 566 928 Einwohnern aus, also rund 73 000 Personen oder 2,9% mehr als durch die Volkszählung festgestellt. Diese Differenz kann man nicht gänzlich den Mängeln der Erfassung der Wanderungsvorgänge zuschreiben; zu einem kleinen Teil muß sie sicherlich auch der Volkszählung angelastet werden, der eine gewisse Tendenz zur Untererfassung innewohnt. Auch bei sorgfältiger Arbeit der örtlichen Zählungsdienststellen und bei selbstlosem Einsatz der Zähler war es möglich, daß Personen, ganze Haushalte, Wohnungen oder gar Gebäude nicht erfaßt wurden. Es gibt Hinweise, die erkennen lassen, daß dies besonders für ausländische Arbeitskräfte zutrif. Ihre verstreute Unterbringung, aber auch sprachliche Verständigungsschwierigkeiten dürften hierzu beigetragen haben.

Noch bei keiner Großerhebung stießen die Gemeinden bisher auf so große Schwierigkeiten, geeignete Zähler anzuwerben, und es ist klar, daß hierunter auch das Zählungsergebnis zu leiden hatte. Bei dem in den Amts- und Gemeindeverwaltungen herrschenden chronischen Personalmangel sind die eingegangenen Zählunterlagen nicht immer mit der eigentlich gebotenen Intensität geprüft worden, so daß Auslassungen der Zähler wohl gelegentlich unentdeckt blieben. Das Statistische Landesamt hat im Zuge der Aufbereitung der Zählung etwa 120 Gemeinden wegen großer Differenzen zum Fortschreibungsergebnis angeschrieben und um Stellungnahme gebeten. In verschiedenen Fällen löste dies Überprüfung aus, die auch zu Nacherhebungen führten.

Das Statistische Bundesamt hat abschließende Untersuchungen vorgesehen, die etwas mehr Licht in die verschiedenen Arten der Erfassungsfehler und deren Umfang bringen werden.

Bei 652 der 1 270 Gemeinden² des Landes lag das Fortschreibungsergebnis über und bei 584 Gemeinden unter dem Zählungsergebnis. Bei 190 Gemeinden war die Abweichung zum Fortschreibungsergebnis kleiner als $\pm 1\%$, darunter waren 34 Gemeinden, bei denen das Fortschreibungsergebnis auf den Einwohner genau erreicht wurde.

2) ohne die Forstgutsbezirke Sachsenwald und Buchholz

185 Gemeinden trugen in besonderem Maße zum Umfang des Fortschreibungsfehlers des Landes bei. Bei diesen belief sich die Differenz auf mindestens 3% und mindestens 50 Einwohner. Wie stark sich der Fortschreibungsfehler auf diese 185 Gemeinden konzentriert, ist daran zu sehen, daß die Abweichung zum Volkszählungsergebnis anstatt + 2,9% nur + 0,8% betragen hätte, wenn diese Gemeinden nicht berücksichtigt worden wären. Von diesen Gemeinden zeigten 144 eine Überhöhung, die zum Teil sehr erheblich war, während die negative Abweichung bei den anderen 41 Gemeinden weniger extrem war.

Es waren überwiegend kleine Gemeinden, bei denen das Fortschreibungsergebnis unter dem Zählungsergebnis lag. Von den erwähnten 584 Gemeinden mit einer niedrigeren fortgeschriebenen als durch die Zählung ermittelten Bevölkerungszahl hatten 491 (84%) weniger als 1 000 Einwohner. Andererseits wiesen von allen Gemeinden mit mehr als 1 000 Einwohnern 69% eine fortgeschriebene Einwohnerzahl aus, die über dem Zählungsergebnis lag. Von den Gemeinden mit 5 000 und mehr Einwohnern waren es sogar 85%.

	insgesamt	Gemeinden mit ... Einwohnern		
		unter 1 000	1 000 bis unter 5 000	5 000 und mehr
Fortschreibung überhöht	652	443	146	63
Fortschreibung ohne Abweichung	34	31	3	-
Fortschreibung niedriger als Volkszählung	584	491	82	11
Zusammen	1 270	965	231	74

Wie aus der vorstehenden Tabelle ersichtlich, gleichen sich leider die Fehler, die aus der Nichteinhaltung der Meldebestimmungen folgen, nicht aus, sondern es überwiegen Fehler, die das Fortschreibungsergebnis in einer bestimmten Richtung verfälschen. Fortschreibungssysteme haben mit Karteien eine Eigenart gemeinsam: Sie neigen zu Überhöhungen, das heißt, sie enthalten Einheiten, die längst nicht mehr hineingehörten, bei Bevölkerungsregistern zum Beispiel bereits längst Verzogene (z. B. Ausländer) oder Verstorbene, während Volkszählungen wegen der nicht auszuschließenden Gefahr, daß Personen nicht gezählt werden, tendenziell zur Untererfassung neigen. In allen Bundesländern ist festgestellt worden, daß die fortgeschriebene Bevölkerungszahl über der durch die Volkszählung ermittelten Zahl lag.

Besondere Fortschreibungsprobleme des Landes

Für Schleswig-Holstein zeigt sich eine im Vergleich zu den anderen Bundesländern hohe Gesamtabweichung. Es gibt einige Gründe, die gerade in Schleswig-Holstein verstärkt zur Wirkung kommen und somit zu diesem Ergebnis beigetragen haben.

Besonders auffällig hoch sind diese Abweichungen in Fremdenverkehrsgemeinden. Gleiches wurde schon 1961 festgestellt. In den Fremdenverkehrsgemeinden treten die Fehler, die durch Nichtbeachtung der Meldevorschriften bestehen, besonders häufig auf. In jedem Frühjahr strömen Tausende von Berufstätigen als Saisonpersonal (Kellner, Köche, Zimmermädchen, Heilhilfspersonen, Friseure, Verkaufs- und sonstiges Dienstleistungspersonal) in die Fremdenverkehrsorte. Sie behalten wegen der Kürze der Saison ihre bisherigen Hauptwohnungen bei. Wenn sie am Ende der Saison in ihre Hauptwohnung zurückkehren, bedarf es dort keiner erneuten Anmeldung. Die geforderte Abmeldung unterbleibt allerdings in sehr vielen Fällen. Die Folge ist, daß die Einwohnerregister der meisten Fremdenverkehrsgemeinden und ihre fortgeschriebenen Einwohnerzahlen chronisch überhöht sind.

Wegen der relativ kurzen Saison des Fremdenverkehrs in Schleswig-Holstein konzentriert sich der Arbeitskräftebedarf auf einen kurzen Zeitraum, er tritt kurzfristig ein und ebbt rasch wieder ab. Die Saisonkräfte kommen kaum aus der näheren Umgebung, sondern aus einem recht großen Gebiet, zu einem großen Teil aus anderen Bundesländern. In keinem anderen Bundesland dürfte der Bedarf an Saisonkräften in so großem Umfang aus anderen Bundesländern gedeckt werden. Dadurch ergibt sich, daß unterlassene Rückmeldungen nicht nur die fortgeschriebenen Bevölkerungszahlen der betroffenen Gemeinden beeinträchtigen, sondern das Fortschreibungsergebnis des ganzen Landes einseitig überhöhen.

Große Sorgen bereitet in den Gemeinden mit Truppenunterkünften die meldemäßige Behandlung der Soldaten. Durch ihre starke Fluktuation (Versetzungen sowie Kommandierungen zu Lehrgängen, Kursen usw.) überhöhen sie, wie sich immer wieder gezeigt hat, ständig die Bevölkerungszahlen ihrer Standortgemeinden. Verschiedene Bereinigungsaktionen, bei denen Gemeindeverwaltung, Truppe und Statistisches Landesamt eng zusammenwirken, konnten doch nicht verhindern, daß sich schließlich die Fortschreibungsergebnisse von Standortgemeinden als besonders überhöht erwiesen. Da die Versetzungen sehr häufig Standortgemeinden anderer Bundesländer

betreffen, wird auch das Fortschreibungsergebnis des ganzen Landes beeinträchtigt.

Auffällig überhöht ist auch die Fortschreibung in vielen Gemeinden in der Nähe Hamburgs. Die Tatsache, daß in vielen dieser Gemeinden synchron mit Strukturveränderungen die Bevölkerung rasch gewachsen ist, bestärkt die Vermutung, daß die große Bevölkerungsfuktuation und damit auch die Häufigkeit von An- und Abmeldungen verstärkt zu Fortschreibungsfehlern geführt hat.

Ein weiterer und in den letzten Jahren wohl an Gewicht zunehmender Grund für die Überhöhung der Fortschreibungszahl - insbesondere bestimmter Gemeinden - sind die in immer stärkerem Umfang entstehenden Ferien- und Wochenendhäuser. Auch Ferienwohnungen gelten als "Wohnungen" im Sinne des Meldgesetzes. Die Besitzer sind also verpflichtet, sich anzumelden und, wenn die Ferienwohnung nicht mehr benutzt wird, sich auch wieder abzumelden. In der Regel bezeichnen Besitzer von Ferienwohnungen diese bei der Anmeldung als Nebenwohnung. In der Bevölkerungsfortschreibung, die ja vom Prinzip der nur einmaligen Erfassung einer jeden Person ausgehen muß, müßten Besitzer von Ferienwohnungen von der Bevölkerungszahl ihrer Heimatgemeinde abgeschrieben und der Bevölkerungszahl der Gemeinde der Ferienwohnung zugeschrieben werden. Da die Besitzer von Ferienwohnungen aber ihren wirklichen Wohnsitz in ihrer Heimatgemeinde behalten, würde ein solches Verfahren zu Fortschreibungsfehlern führen.

Durch den bereits erwähnten Runderlaß des Innenministers vom 20. 12. 1967 ist deshalb angeordnet worden, daß Personen, die sich mit Nebenwohnung an- oder abmelden, in Zweifelsfällen zu befragen sind, ob es sich um eine Ferienwohnung handelt. Gegebenenfalls ist auf dem Meldeschein der Hinweis "Ferienwohnung" anzubringen. Diese Meldescheine werden dann statistisch nicht ausgewertet. Offensichtlich sind nicht alle Meldescheine in dieser Weise kenntlich gemacht worden. Die Zahl der beim Statistischen Landesamt eingegangenen und mit dem Wort "Ferienwohnung" gekennzeichneten Meldebogen entsprach bei weitem nicht dem, was auf Grund der Bautätigkeit in bestimmten Gemeinden zu erwarten war. Man kann annehmen, daß eine nicht unbeträchtliche Zahl von Beziehern von Ferienwohnungen durch ihre Anmeldung am Ferienort von der Bevölkerung der Gemeinden, in denen sie bisher zur Wohnbevölkerung rechneten, abgeschrieben wurden und bis zum Stichtag der Volkszählung zur fortgeschriebenen Wohnbevölkerung des Ferienortes rechneten. Die neue Volkszählung zählte sie jedoch gemäß ihrem tatsächlichen Aufent-

halt in ihrer Heimatgemeinde zur Wohnbevölkerung, denn nur dort konnten sie auf Grund der Angaben der Frage 7 des VZ-Bogens (siehe oben) entsprechend zugeordnet werden. Für die Gemeinden, in denen viele Ferienwohnungen entstanden sind, - es sind dies vorwiegend Fremdenverkehrsgemeinden, in denen die fortgeschriebene Bevölkerungszahl bereits durch die starke Fluktuation des Saisonpersonals stark überhöht war - bedeutet diese Korrektur oft einen nicht unerheblichen Rückgang ihrer Bevölkerungszahl. Soweit es sich um Nicht-Schleswig-Holsteiner handelt, ist auch die Einwohnerzahl des Landes betroffen.

Bevor man über die aufgetretene Diskrepanz zwischen Wohnbevölkerung der Fortschreibung und der Volkszählung 1970 zu einem abschließenden Urteil kommt, sollte doch bedacht werden, wie groß die Zahl der zu registrierenden Einzelfälle war, die schließlich per Saldo im Laufe von neun Jahren zu Bestandsänderungen führten, die im Vergleich mit den umfangreichen Strömungsgrößen immer noch als klein bezeichnet werden können. 2,1 Millionen registrierte Sterbefälle, Geburten, Zu- und Fortzüge erbrachten eine Bevölkerungszunahme von 249 000 Einwohnern, die sich als um 73 000 überhöht erwies. Wenn auch die 1 065 000 gezählten Umzüge von Gemeinde zu Gemeinde innerhalb des Landes nicht die Höhe der Landesbevölkerungszahl beeinflussten, so wirkten sich die mit ihnen verbundenen Fehler gleichfalls auf die Bevölkerungszahlen der einzelnen Gemeinden aus.

Lassen sich die Fehler einschränken?

Es stellt sich nun die Frage, ob sich auch künftig wiederum wachsende Differenzen zwischen der fortgeschriebenen Bevölkerungszahl und der Wirklichkeit einstellen werden.

Zuerst wäre zu prüfen, ob das zu erwartende Bundesmeldegesetz und die ihm folgenden neuen Meldegesetze der Länder in dieser Hinsicht Verbesserungen bringen werden. Es ist schwer, zu diesem Zeitpunkt hierüber bereits Aussagen zu machen. Vorerst gelten noch die bisherigen Meldegesetze der Länder und bis zu dem Tage, an dem die neuen in Kraft treten und auch die ersten Anfangsschwierigkeiten überwunden sein werden, wird noch einige Zeit vergehen. Bis dahin werden die bekannten Meldeungenauigkeiten weiterhin auftreten und die auf der neuen Basis fortgeschriebene Bevölkerungszahl wird weiterhin Fehler kumulieren. Es bleibt hier nur die Möglichkeit, Appelle an die Gemeinden zu richten, ihre Melderegister im Sinne des Erlasses des Innenministers vom 20.12.1967

zu überprüfen. Es dürfte auch zu keinem sichtbaren Erfolg führen, wenn Verstöße gegen die Meldevorschriften stärker als bisher als Ordnungswidrigkeit geahndet würden. Zur Zeit werden derartige Verstöße höchstens in extremen Ausnahmefällen mit einem Bußgeld bedacht.

Die neuen Meldegesetze werden auf dem Grundsatz beruhen, daß eine Anmeldung nur bei Beziehen einer Wohnung erforderlich ist. An die Stelle der Abmeldung eines Einwohners tritt in der Regel ein Rückmeldeverfahren, das behördenintern zwischen den für die bisherige Wohnung und für weitere Wohnungen zuständigen Meldebehörden im Wege des Datenaustausches abläuft. Damit kommt künftig der Rückmeldung für die örtliche Führung von Bevölkerungsregistern eine noch entscheidendere Bedeutung zu. Ganz ohne Abmeldungen geht es jedoch keinesfalls! Abmeldungen sind grundsätzlich erforderlich und vom Gesetz angeordnet, wenn jemand aus einer Wohnung auszieht, "es sei denn, daß er ... im Geltungsbereich des Bundesmeldegesetzes eine neue Wohnung bezieht ...". Letzteres betrifft den Normalfall des Wohnungswechsels. Für den Fall der Rückkehr in die Hauptwohnung bei Aufgabe der Nebenwohnung, der heute die meisten Sorgen und Fehler verursacht, wird also nach wie vor die Abmeldepflicht beibehalten. Hier wird ja keine "neue" Wohnung bezogen! Es ist aber zu befürchten, daß sich in der Bevölkerung sehr rasch die Meinung durchsetzt, daß nunmehr überhaupt keine Abmeldungen mehr erforderlich seien, zumal die Presse schon heute auf die Erleichterung im neuen Meldegesetz hinweist, die sich durch den Fortfall der Abmeldung für den Fall des reinen Wohnungswechsels ergibt. Somit kann wohl kaum eine Verbesserung in der Vollständigkeit der Ab- und Anmeldungen erreicht werden. Nach wie vor wird ein Teil der Fälle von Rückkehr in die Hauptwohnung ohne Meldevorgang ablaufen. Es wird also weiterhin viel davon abhängen, in welchem Umfange die Gemeinden ihre Möglichkeit nutzen, diese Unterlassungen zu berichtigen. Es liegt unbestritten eine große Portion Ironie darin, daß gerade die Gemeinden, die solche aufwendigen Aktionen durchziehen, immer einen Rückgang der Bevölkerungszahl und in seinem Gefolge oft auch empfindliche Einbußen in ihrem Finanzausgleich erleiden.

Die neuen Meldegesetze werden es dem Meldepflichtigen grundsätzlich freistellen zu bestimmen, welche Wohnung er bei der Anmeldung zur Hauptwohnung erklärt. Nach § 5 des Bundesmeldegesetzes kann eine Hauptwohnung aber nur dort bestehen, wo ein Schwerpunkt der Lebensbeziehungen des Einwohners liegt. In der Begründung zu diesen

Bestimmungen wird des weiteren versucht, die Entscheidung über die Gemeinde der Hauptwohnung zu objektivieren:

"Denn Hauptwohnung kann - auch dem Wortsinne nach - nur eine Wohnung sein, in der der Inhaber im allgemeinen anzutreffen ist. Im Regelfall wird dies entweder eine Wohnung sein, von der aus er seinem Beruf nachgeht oder in der er mit seiner Familie wohnt. Ob die Bezeichnung einer Wohnung als Hauptwohnung berechtigt ist, wird sich im allgemeinen aus Art, Zweck und Dauer der Benutzung folgern lassen."

Auch die Formulierungen der Fragen des in der Entwicklung befindlichen neuen bundeseinheitlichen Meldescheines und der dazugehörigen Anlagen werden zu der notwendigen Objektivierung beitragen.

Durch die als Folge der neuen Meldegesetze neu gesetzten Akzente ist der Begriff der Wohnbevölkerung erneut zur Diskussion gestellt. Es wird erwogen, diesen Begriff zu Gunsten eines neuen Begriffs der "Hauptwohnsitzbevölkerung" aufzugeben. Die Problematik der Verwendung und Fortschreibung der Hauptwohnsitzbevölkerung ist vielschichtig und kann an dieser Stelle nicht im einzelnen behandelt werden³. Sie betrifft insbesondere die Frage, ob die Verwendung des Begriffs der Hauptwohnsitzbevölkerung für den kommunalen Finanzausgleich eine größere Gerechtigkeit erbringen kann, sowie die technischen Schwierigkeiten einer Fortschreibung einer Bevölkerung am Hauptwohnsitz. Nach der derzeitigen Lage der Dinge könnte mit einer erneuten Zählung der Bevölkerung, die voraussichtlich im Jahre 1975, verbunden mit einer zu erwartenden Gebäude- und Wohnungszählung stattfinden kann, begonnen werden.

Neue technische und organisatorische Entwicklungen werden künftig die Bevölkerungsfortschreibung und die Wanderungsstatistik beeinflussen. Es sind dies die zunehmende Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung im Einwohnerwesen, also der Aufbau von Bevölkerungsregistern unter Zuhilfenahme von elektronischen Datenträgern und die Einführung des Personenkennzeichens. Wenn die technischen und organisatorischen Voraus-

setzungen gegeben sein werden, wird der Datenaustausch zwischen den Gemeinden automatisiert sein; Bearbeitungsfehler werden fast ausgeschlossen sein, da die Arbeitsgänge weitgehend automatisiert ablaufen werden. Das Rückmeldeverfahren dürfte dann auf jeden Fall besser funktionieren als zur Zeit.

Damit sind aber nicht alle Probleme gelöst. Wenn die Meldepflichtigen sich nämlich nicht an- und abmelden, ist auch keine richtige Registrierung und kein Datenaustausch möglich. Verbesserungen sind erst dann zu erwarten, wenn hochintegrierte elektronische Datenverarbeitungssysteme bestehen, in denen personenbezogenen Dateien der verschiedenen Verwaltungen durch einen organisierten Datenaustausch innerhalb des Systems ständig verbunden sind, so daß durch gegenseitige Abfragen und Vergleiche der Unterdateien immer wieder neue Korrekturen und Ergänzungen möglich werden.

Es wird sich auch sehr bald die Frage stellen, ob und auf welchem Wege elektronische Einwohnerregister für Zwecke der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes, also zur laufenden Ermittlung der Einwohnerzahl für kleinere und größere Regionaleinheiten Verwendung finden können. Soll es nicht zu einer raschen Überhöhung der Bevölkerungszahlen kommen, so muß der bisherige Grundsatz, daß bei Wanderungen ein Zuzug in eine Gemeinde immer nur gleichzeitig mit dem Wegzug aus einer anderen Gemeinde gebucht werden kann, beibehalten werden. Das setzt jedoch ein das ganze Bundesgebiet umspannendes einheitliches System unter Verwendung des Personenkennzeichens voraus. Diese Voraussetzung dürfte in der nächsten Zeit nicht gegeben sein. Es wird bis dahin nichts anderes übrigbleiben, als schärfer auf die Einhaltung der Meldebestimmungen zu achten, jede Möglichkeit der örtlichen Korrektur der Melderegister mit Nachvollzug ausgebliebener An- oder Abmeldungen zu nutzen und - den Abstand zwischen den Volkszählungen künftig zu verkürzen. Nach den letzten Erfahrungen ist ein zeitlicher Abstand von 9 oder 10 Jahren einfach zu lang. Wenn für 1975 eine Gebäude- und Wohnungszählung erforderlich wird, sollte bei dieser Gelegenheit unbedingt auch die Bevölkerung gezählt werden. Entsprechende Überlegungen werden zur Zeit angestellt.

³) siehe hierzu auch "Ermittlung und Fortschreibung der Hauptwohnsitzbevölkerung" in Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag, Informationsdienst 2/72, S. 9 ff.

Ausgewählte Vermögensbestände und ihre Verteilung in privaten Haushalten

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969

Seit Jahren gehört die Förderung der Vermögensbildung breiter Bevölkerungsschichten zu den erklärten innenpolitischen Zielen in der Bundesrepublik Deutschland. Im Bereich der Finanz-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik bildet daher die Vermögenspolitik seit Jahren einen Schwerpunkt. Deshalb ist auch die amtliche Statistik in zunehmendem Maße beauftragt worden, den zuständigen Gremien Entscheidungsunterlagen auf diesem Gebiet zu liefern. Bereits in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 wurden den privaten Haushalten Fragen nach der Vermögensbildung gestellt, aber erst das Erhebungsprogramm der EVS 1969 ermöglichte eine Analyse der Vermögensverteilung in Zusammenhang mit der sozialen Schicht der Haushalte, dem Haushaltseinkommen, der Haushaltsgröße, dem Haushaltstyp und dem Alter des Haushaltsvorstandes.

Allerdings konnten Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 10 000 und mehr DM mangels ausreichender Beteiligung nicht in die Aufbereitung einbezogen werden, so daß auch die EVS vor allem hinsichtlich der absoluten Höhe der Vermögensbestände der Ergänzung und Vervollständigung durch andere Statistiken bedarf. Ferner wurden hier wie auch sonst im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichproben die Haushalte von Ausländern und die Privathaushalte in Anstalten nicht erfaßt.

Beim sogenannten Grundinterview im Januar 1969 wurde zunächst das Vorhandensein bestimmter Vermögensformen in den Haushalten ermittelt. Damals wurde gefragt, ob ein Haushalt über Spareinlagen, Wertpapiere, Geschäftsanteile, Lebensversicherungen usw. verfügte, nicht aber, wieviel diese wert waren. Diese Fragen folgten im Schlußinterview, das Anfang 1970 stattfand.

Während in die Ergebnisse des Grundinterviews noch die Angaben von rund 53 000 Haushalten eingegangen sind, waren es beim Schlußinterview nur noch die Angaben von rund 48 000 Haushalten; sie sind mit Hilfe "persönlicher" Hochrechnungsfaktoren auf eine Gesamtzahl von rund 20,6 Millionen private Haushalte hochgerechnet worden¹.

Entsprechend der beschränkten Fragestellung im Grundinterview beleuchten die Angaben der Haushalte hierzu nur einen relativ kleinen Ausschnitt aus dem komplexen Bereich der Vermögensbildung. Trotzdem ergeben sich

aus den möglichen Gruppenvergleichen und aus der Gegenüberstellung mit den Ergebnissen der Erhebung 1962/63 wichtige Erkenntnisse. Außerdem fällt bei dem Nachweis des bloßen Vorhandenseins von Vermögen die Nicht- oder Untererfassung der Spitzenverdiener, die mit den Besitzern großer Vermögen weitgehend identisch sind, kaum ins Gewicht.

Vermögensbestände

Von den rund 20,6 Millionen privaten Haushalten gaben 19,2 Millionen (etwa 93%) an, sie hätten 1969 gespart, sei es in bar, auf Konten, durch Beiträge für Lebensversicherungen oder Bausparverträge, durch Wertpapiere und ähnliches. Von diesen 19,2 Millionen Haushalten erklärten rund 57%, diese Ersparnisse seien ganz (17%) oder teilweise (40%) zur Finanzierung bestimmter Vorhaben vorgesehen; 43% nannten keine konkreten Vorhaben.

Im Januar 1969 verfügten 87% aller Haushalte über mindestens ein Sparbuch, 51% über mindestens einen Lebensversicherungsvertrag einschließlich Aussteuer- und Ausbildungsversicherungen, 49% über mindestens einen Vertrag mit einer Sterbegeldversicherung, 38% über Haus- und Grundbesitz, 21% über mindestens einen noch nicht ausgezahlten Bausparvertrag und 18% über Wertpapiere².

Einfluß des Haushaltsnettoeinkommens

In der Regel hängen Häufigkeit und Art der Vermögensanlage in den verschiedenen Haushaltsgruppen offensichtlich stark mit dem Haushaltsnettoeinkommen zusammen. Besonders große Unterschiede zwischen der untersten und der höchsten nachgewiesenen Einkommensgruppe sind bei Lebens-, Aussteuer-, Ausbildungsversicherungen, Bausparverträgen und Wertpapieren festzustellen, während der Anteil der Haushalte mit Sterbegeldversicherungen die geringsten Abwei-

1) Vergleiche Statistisches Bundesamt, Fachserie M "Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen", Reihe 18 "Einkommens- und Verbrauchsstichproben", Heft 2 "Vermögensformen und -bestände privater Haushalte" und den Aufsatz von M. Euler "Probleme der Erfassung von Vermögensbeständen privater Haushalte im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969" in *Wirtschaft und Statistik* 1970, Seite 601 ff. (Dezember)

2) Diese und die folgenden Ergebnisse und Abhandlungen sind den Aufsätzen von M. Euler in *Wirtschaft und Statistik* 1970, Seite 314 ff. (Juni) und 1971, S. 137 ff. (Februar) auszugsweise entnommen

Formen der Vermögensbildung in privaten Haushalten¹
im Januar 1969 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen

Monatliches Haushalts- nettoeinkommen in DM	Von jeweils 100 Haushalten besaßen					
	Spar- bücher	Lebens- ² versicherungen	Sterbe- geld- versicherungen	Bau- spar- verträge	Wert- papiere	Haus- und Grund- besitz
unter 600	71	20	52	6	9	24
600 - 800	86	46	51	13	12	31
800 - 1 000	91	57	49	18	15	34
1 000 - 1 200	92	61	48	24	19	37
1 200 - 1 500	94	64	48	29	23	40
1 500 - 1 800	95	68	49	36	27	47
1 800 - 2 500	95	73	49	46	36	54
2 500 - 5 000	97	78	44	59	55	68

1) ohne Haushalte von Ausländern und ohne Privathaushalte in Anstalten sowie ohne Landwirte

2) einschließlich Aussteuer-, Ausbildungsversicherung u. ä.

Veränderungen von Einkommensgruppe zu Einkommensgruppe aufweist, und diese gegenläufig.

Recht aufschlußreich ist die Feststellung, daß das Vorhandensein von Haus- und Grundbesitz weniger als etwa der Besitz von Wertpapieren von der Höhe des gegenwärtigen Haushaltsnettoeinkommens abhängt. In der Einkommensgruppe unter 600 DM verfügte immerhin etwa jeder vierte Haushalt über Immobilien, aber nur etwa jeder zehnte über Wertpapiere. Daß bei Haus- und Grundbesitz auch andere Faktoren als das Haushaltsnettoeinkommen eine wesentliche Rolle spielen müssen, läßt sich dadurch nachweisen, daß man innerhalb der Einkommensgruppe nach der Haushaltsgröße gliedert. In allen Einkommensgruppen stieg mit der Zahl der Haushaltsmitglieder der Anteil der Haushalte mit Haus- und Grundbesitz, obwohl - gleiche Mittelwerte vorausgesetzt - das Einkommen je Haushaltsmitglied sinkt. Wahrscheinlich überlagern gerade bei Haus- und Grundbesitz Einflüsse wie Größe des Haushalts, Alter der Haushaltsmitglieder, Größe der Wohngemeinde, Übernahme vererbten Gutes und ähnliches den Einfluß des Haushaltsnettoeinkommens wesentlich stärker als bei anderen Vermögensformen.

Einfluß der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes

Die Anteile der Haushalte mit bestimmten Vermögensformen - ausgenommen Sparbücher - weichen in den verschiedenen sozialen Schichten meist sehr stark voneinander ab. Am häufigsten finden sich Lebens-, Aussteuer- und Ausbildungsversicherungen in Haushalten von selbständigen Gewerbetreibenden und freiberuflich Tätigen (76%), am seltensten in

Formen der Vermögensbildung in privaten Haushalten¹
im Januar 1969
nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes

Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes	Von jeweils 100 Haushalten besaßen					
	Spar- bücher	Le- ² bens- ver- sicherungen	Sterbe- geld- ver- sicherungen	Bau- spar- verträge	Wert- papiere	Haus- und Grund- besitz
Landwirt	90	53	32	30	16	94
Selbständiger ³	90	76	44	43	31	65
Beamter	96	61	44	40	25	37
Angestellter	93	64	42	30	27	34
Arbeiter	88	63	49	18	10	35
Nichterwerbstätiger	79	23	57	11	17	30

1) ohne Haushalte von Ausländern und ohne Privathaushalte in Anstalten

2) einschließlich Aussteuer-, Ausbildungsversicherung u. ä.

3) Gewerbetreibender, freiberuflich Tätiger

Haushalten von Nichterwerbstätigen (23%), die dafür öfter über Sterbegeldversicherungen verfügen als alle anderen Haushalte (57%).

Bei den Bausparverträgen stehen die Gewerbetreibenden und freiberuflich Tätigen mit 43% an erster Stelle, dicht gefolgt von den Beamten mit 40%, während in nur 11% der Haushalte von Nichterwerbstätigen Bausparverträge vorhanden waren. Erwartungsgemäß ist der Anteil der Wertpapierbesitzer bei den Haushalten von Selbständigen mit 31% am höchsten; am niedrigsten ist er bei den Haushalten von Arbeitern, die mit 10% noch deutlich hinter den Haushalten der Nichterwerbstätigen (17%) liegen. An zweiter Stelle nach den Landwirten mit 94% stehen die Haushalte von Selbständigen mit 65% in der Skala der Haus- und Grundbesitzer, während bei allen übrigen sozialen Gruppen die Anteile relativ dicht beieinander liegen (zwischen 30 und 37%).

Vergleich mit 1962

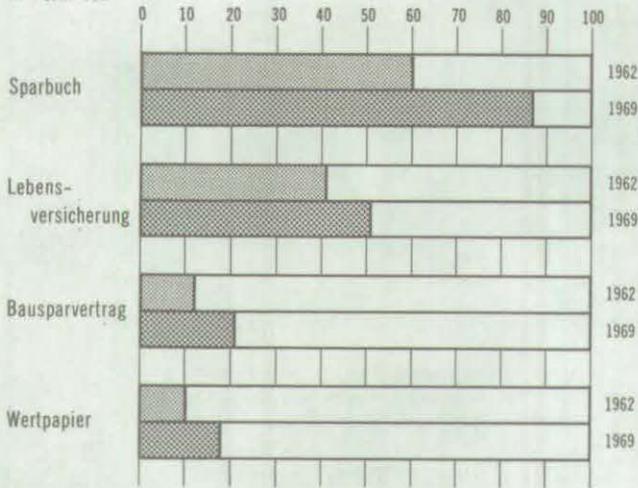
Wie eingangs erwähnt, war ein Teil der Fragen nach den Formen der Vermögensbildung bereits in der ersten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, und zwar im Grundinterview, enthalten, das im Frühjahr 1962 durchgeführt wurde. Lediglich der Besitz von Sterbegeldversicherungen sowie der Haus- und Grundbesitz waren damals nicht ermittelt worden. Trotz gewisser räumlicher und begrifflicher Unterschiede zwischen beiden Erhebungen ist ein Vergleich der ermittelten Daten von großem Interesse, denn er läßt erkennen, ob und in welchem Maße der Anteil der Haushalte mit bestimmten Vermögensformen in den einzelnen sozialen Schichten gestiegen ist.

Für die Gesamtheit der privaten Haushalte erhöhte sich von 1962 bis 1969 der Anteil

Formen der Vermögensbildung in privaten Haushalten¹ im Bundesgebiet 1962 und 1969

Von 100 Haushalten besaßen Vermögen
in Form von

D - 4351



1) ohne Haushalte von Ausländern und ohne Privathaushalte in Anstalten

der Haushalte mit Sparbüchern von 60 auf 87%, mit Lebens-, Aussteuer- und Ausbildungsver sicherungen von 41 auf 51%, mit Bausparverträgen von 12 auf 21% und mit Wertpapieren von 10 auf 18%. Das Bau- und Wertpapiersparen, obwohl nach wie vor nur von einer Minderheit von Haushalten betrieben, hat also in dem beobachteten Zeitraum zum rindestens als Sparform besonders stark an Bedeutung zugenommen. Während im Frühjahr 1962 auf 100 Haushalte mit Sparbüchern 68 Haushalte mit Lebensversicherungen, 20 Haushalte mit Bausparverträgen und knapp 17 Haushalte mit Wertpapieren entfielen, betrug die Relation im Januar 1969 100 : 59 : 24 : 22. Damit ist selbstverständlich noch nichts über das Volumen der Vermögensbestände gesagt. Ferner ist zu beachten, daß die Zahl der Lebensversicherungs- und Bausparverträge stärker gestiegen sein dürfte als der Anteil der Haushalte mit Verträgen dieser Art. Denn es ist damit zu rechnen, daß sich auch die Zahl der Verträge je Haushalt erhöht hat.

Die Unterschiede in den vorhandenen Vermögensformen zwischen den Haushalten verschiedener sozialer Schichten sind 1969 gegenüber 1962 insgesamt gesehen deutlich geringer geworden. Das trifft insbesondere für den Besitz an Bausparverträgen und Wertpapieren zu. Hier haben sich die Anteile der 1962 besonders schlecht ausgestatteten Haushalte der Landwirte, Arbeiter und Nichterwerb stätigen überdurchschnittlich erhöht, so daß sie zwar immer noch - zum Teil beträchtlich - hinter den übrigen Haushalten zurückliegen, aber doch mit geringerem Abstand.

Vermögensverteilung

Im folgenden soll nun auf die Struktur der Vermögensbestände in den privaten Haushalten der Bundesrepublik eingegangen werden, wie sie sich aus dem Schlußinterview ergeben hat, das Anfang 1970 - also ein Jahr nach dem Grundinterview - stattfand und bei dem zusätzlich auch die Werte der Vermögensbestände erfragt wurden³.

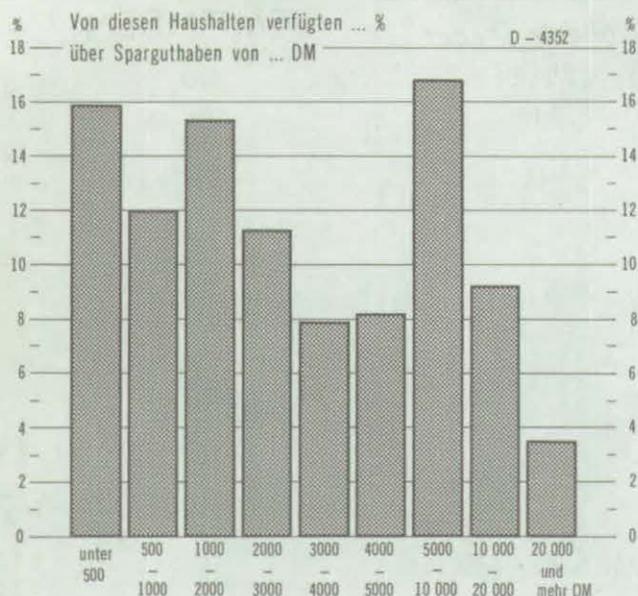
Haushalte mit Sparbüchern

Am Jahresende 1969 besaßen rund 18 Millionen Haushalte, das sind knapp 90% aller privaten Haushalte, Guthaben auf Sparkonten bei Banken, Sparkassen, der Post usw. Das Kontensparen ist damit nach wie vor die am meisten verbreitete Sparform. Es verdankt diese bevorzugte Stellung nicht nur der sofortigen Verfügbarkeit und der weitgehend garantierten Sicherheit der Einlagen, sondern vor allem der Tatsache, daß schon mit kleineren und kleinsten Beträgen Sparkonten eingerichtet werden können. Daß gerade letzteres von entscheidender Bedeutung ist, läßt sich erkennen, wenn man die Haushalte mit Sparbüchern nach der Höhe der Guthaben gruppiert. Von 100 Haushalten mit Sparbüchern verfügten 16 lediglich über Guthaben unter 500 DM, weitere 12 über solche von 500 bis unter 1 000 DM. Bei Guthaben dieser Größenordnung handelt es sich offensichtlich nur um Notgroschen oder Liquiditätsreserven für kleinere Anschaffungen; für Zeiten ernsthafter Belastung (längere Krankheit oder Arbeitslosigkeit) bieten sie keine auch nur annähernde Sicherheit.

Die Häufigkeitsverteilung der Haushalte nach der Höhe ihrer Sparguthaben zeigt - bei Berücksichtigung der unterschiedlichen Intervallbreiten - einen fast kontinuierlichen Abfall mit steigendem Guthaben. Während 28% aller Haushalte mit Sparbüchern über Guthaben unter 1 000 DM verfügten, ergibt sich für die vier folgenden Größenklassen zusammen (1 000 bis unter 5 000 DM) nur ein Anteil von 43%. Damit besaßen 71% aller Haushalte mit Sparbüchern Sparguthaben von jeweils unter 5 000 DM. Weiter verfügten über Guthaben von 5 000 bis unter 10 000 DM 17% und über solche von 10 000 bis unter 20 000 DM 9% der Haushalte. Guthaben von 20 000 und mehr DM waren nur bei knapp 4% aller Haushalte mit Sparbüchern zu finden. Dieser relativ niedrige Anteil ist nicht nur auf die mangelnde Fähigkeit vieler Haushalte zurückzuführen, Ersparnisse in dieser Höhe zu bilden, sondern hängt auch damit zusammen,

3) Die folgenden Abhandlungen sind dem Aufsatz von M. Euler in Wirtschaft und Statistik 1970, Seite 605 ff. (Dezember) auszugsweise entnommen

Private Haushalte¹⁾ mit Sparbüchern im Bundesgebiet am 31. 12. 1969



1) ohne Haushalte von Ausländern und ohne Privathaushalte in Anstalten sowie ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 10 000 und mehr DM

daß bei derartigen Summen die Anlage in anderen Vermögensformen günstiger sein kann.

Daß der Anteil der Haushalte mit größeren Guthaben kontinuierlich von der untersten bis zur obersten Einkommensgruppe steigen würde, war zu erwarten. Um so erstaunlicher mag es scheinen, daß trotz erheblicher Unterschiede in der Einkommensstruktur der sozialen Schichten die Gliederung der Sparguthaben nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes eine relativ gleichmäßige Verteilung erkennen läßt. Diese Feststellung ist eine Bestätigung dafür, daß sich neben dem derzeitigen Haushaltseinkommen andere Faktoren nachhaltig auf die Höhe der vorhandenen Vermögensbestände auswirken. Dazu gehört unter anderem die Dauer des Ansparungsprozesses. Auf diese Tatsache deutet auch die Gliederung nach dem Alter des Haushaltsvorstandes hin, die mit fortschreitendem Lebensalter eine deutliche Zunahme des Anteils der Haushalte mit höheren Guthaben erkennen läßt. Dies gilt, obwohl gerade bei Haushalten, in denen der Haushaltsvorstand das 65. Lebensjahr überschritten hat, der Anteil der Haushalte mit niedrigem Einkommen wesentlich höher ist als bei Haushalten mit einem 40- oder 50jährigen Haushaltsvorstand.

Haushalte mit Lebensversicherungen und ähnlichem

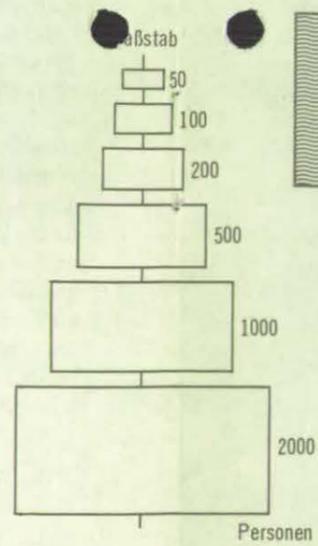
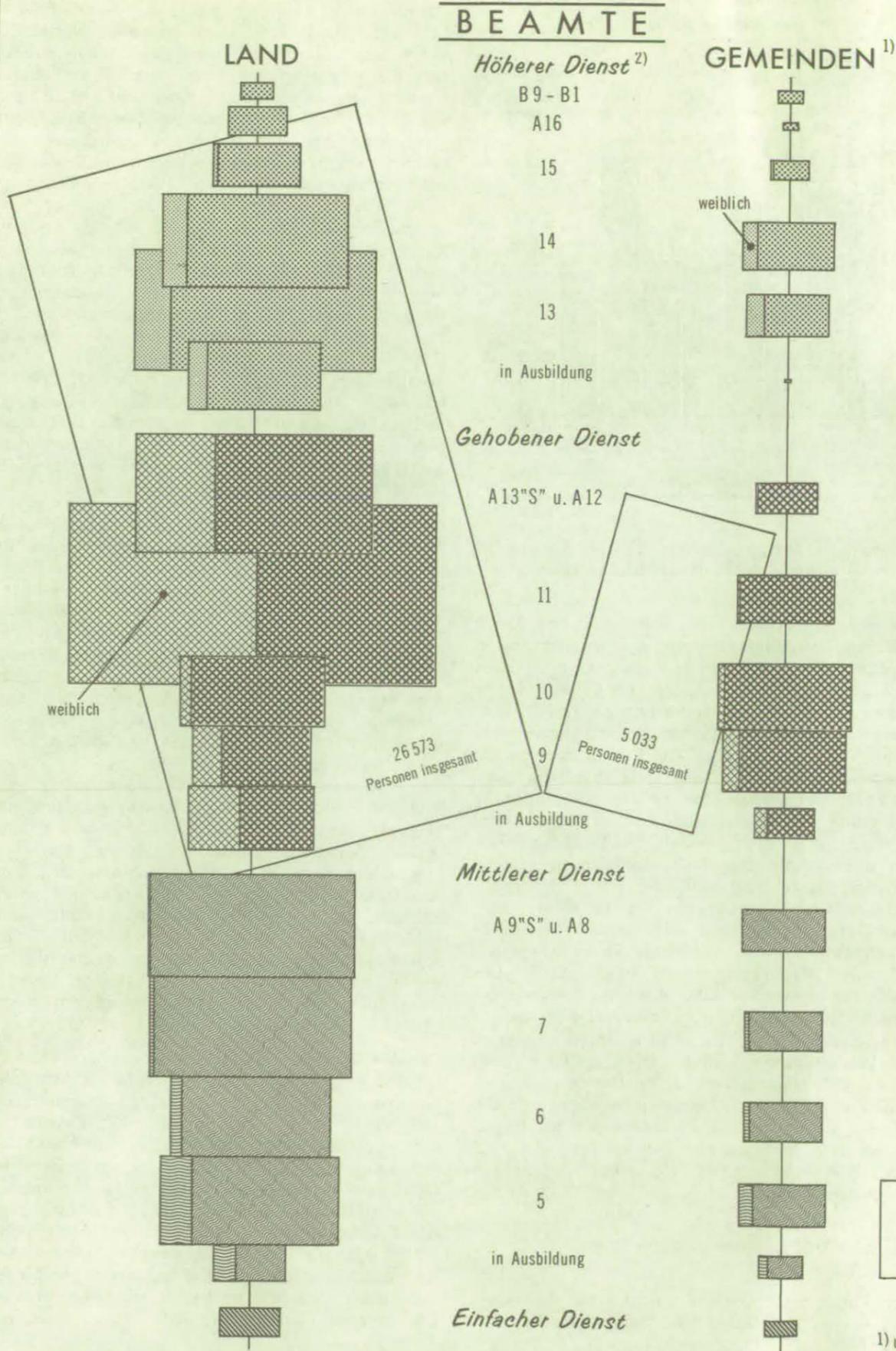
Nach den Sparbüchern sind die Lebens-, Aussteuer-, Ausbildungs- und Sterbegeld-

versicherungen für breite Schichten der Bevölkerung die Grundlage der Vermögensbildung. Rund 77% aller privaten Haushalte verfügten über Versicherungsverträge dieser Art. Im Gegensatz zu den Sparbüchern handelt es sich bei Lebensversicherungsverträgen und ähnlichem in der Regel um ausgesprochen langfristige Formen der Kapitalanlage. Die durchschnittliche Versicherungsdauer lag in den letzten Jahren je nach Versicherungsart - von den größenordnungsmäßig unbedeutenden Term-fix- und kurzen Todesfallversicherungen abgesehen - zwischen 20 und 30 Jahren. Daß trotzdem so viele Haushalte Lebensversicherungen abgeschlossen haben, ist selbstverständlich auch auf die für diese Sparform typischen Vorteile der sofortigen Sicherung der Angehörigen im Todesfall zurückzuführen, erklärbar aber letztlich nur durch die Tatsache, daß in 42 von 100 Haushalten die Abschlußsummen aller im Haushalt vorhandenen Verträge unter 3 000 DM und bei weiteren 15 zwischen 3 000 und 5 000 DM lagen.

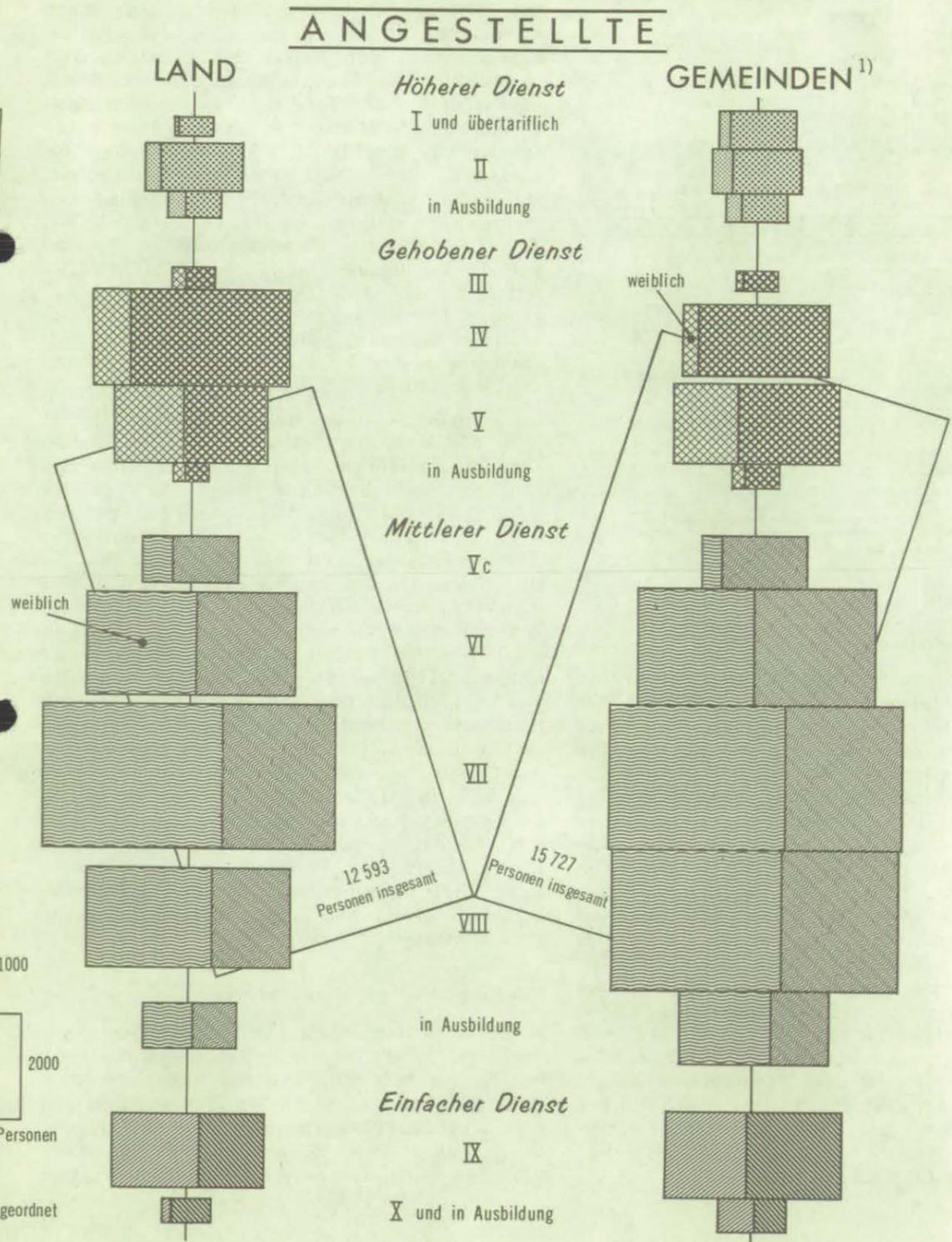
Entsprechend der Höhe der Abschlußsummen kommen den Lebens- und ähnlichen Versicherungsverträgen auch unterschiedliche Funktionen zu. Bei Abschlußsummen unter 3 000 DM handelt es sich vorwiegend über Kleinlebens- und Sterbegeldversicherungen, die entweder ihrer Ausstattung (Sterbegeldversicherung) oder ihrer Zweckbestimmung nach lediglich die durch den Tod des Versicherten entstehenden unmittelbaren Belastungen auffangen sollten. Bei Haushalten mit hohen Abschlußsummen dürfte dagegen in vielen Fällen der Gedanke der Kapitalansammlung zur Sicherung des eigenen Lebensabends und der Zukunft des Ehepartners oder der Kinder im Vordergrund gestanden haben. Das gilt vor allem dann, wenn die Lebensversicherung praktisch die gesetzliche Altersversicherung ersetzt. Andererseits läßt sich nicht ausschließen, daß es sich gerade bei hohen Abschlußsummen zum Teil um reine Risikoversicherungen handelt, die häufig in Verbindung mit anderen wirtschaftlichen Vorgängen (Aufnahme eines Kredits u. ä.) stehen.

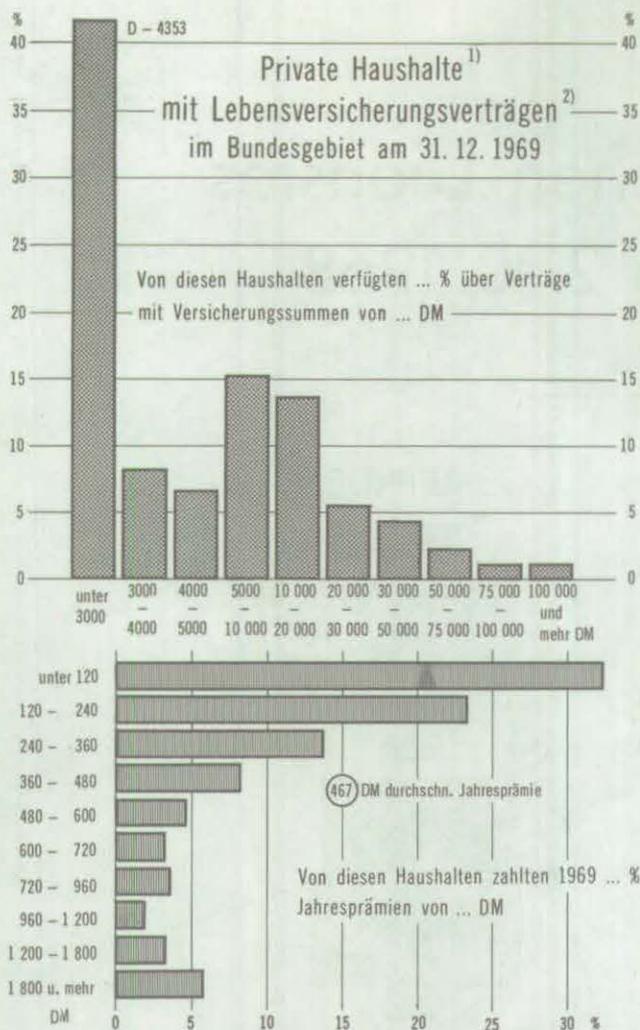
Da die Prämien für die Lebensversicherung in der Regel aus dem laufenden Einkommen bezahlt werden, ist der Zusammenhang zwischen der Höhe des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens und der Höhe der Abschlußsummen wesentlich enger als zwischen der Höhe des derzeitigen Haushaltseinkommens und den vorhandenen Sparguthaben. Erst bei einem Haushaltsnettoeinkommen von 1 500 bis unter 1 800 DM war ein nennenswerter Anteil von Haushalten mit Abschlußsummen von 50 000 und mehr DM zu verzeichnen, während bei Einkommen unter 600 DM Haushalte mit

Stellenkegel des öffentlichen Dienstes in Schleswig-Holstein am 2. 10. 1968



1) und Gemeindeverbände
2) H-Gruppe entsprechend zugeordnet





1) ohne Haushalte von Ausländern und ohne Privathaushalte in Anstalten sowie ohne Haushalte mit einem monatl. Haushaltsnettoeinkommen von 10 000 u. mehr DM
2) einschl. Aussteuer-, Ausbildungs-, Sterbegeldversicherungen u. ä.

Abschlußsummen unter 3 000 DM über vier Fünftel aller Haushalte mit Lebensversicherungen ausmachten.

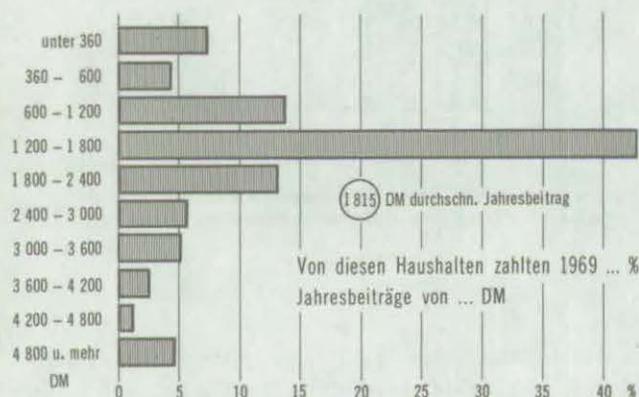
Bei dem unterschiedlichen Einkommensniveau der verschiedenen sozialen Gruppen und der unterschiedlichen Ausstattung und Zweckbestimmung der Lebensversicherungsverträge ist es verständlich, daß die Gliederung der Haushalte mit Lebens- und ähnlichen Versicherungen nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes deutliche Unterschiede hinsichtlich der Höhe der Abschlußsummen erkennen läßt. Während bei den Nichterwerbstätigen, den Arbeitern und den Beamten Haushalte mit Vertragssummen von 50 000 und mehr DM kaum mehr als 1% aller Haushalte mit Lebensversicherungen ausmachten, waren es bei den Selbständigen 26%, den Angestellten knapp 10% und bei den Landwirten immerhin noch etwa 6%. Andererseits belief sich in drei Vierteln der Nichterwerbstätigenhaushalte mit Versicherungsverträgen und in etwas mehr als einem Drittel der Arbeiterhaushalte die Versicherungssumme auf weniger als 3 000 DM.

Zu den Besonderheiten der Lebensversicherungsverträge gehört es, daß die für eine bestimmte Abschlußsumme zu zahlende Prämie mit fortschreitendem Alter des Versicherten wegen des steigenden Todesfallrisikos ständig zunimmt. Von einem gewissen Alter an verliert daher die Lebensversicherung gegenüber anderen Formen der Vermögensbildung an Interesse. Nicht zuletzt aus diesem Grunde lag bei Haushalten mit einem Haushaltsvorstand, der das 65. Lebensjahr vollendet hatte, nicht nur der Anteil der Haushalte mit Lebensversicherungsverträgen im ganzen wesentlich unterhalb des Durchschnitts, sondern auch der Anteil der Haushalte mit besonders hohen Abschlußsummen. Zwar spielt außerdem das zum Teil niedrige Einkommensniveau der Haushalte mit älteren Haushaltsvorständen eine Rolle, doch läßt sich die Tatsache, daß die Lebensversicherung mit steigendem Lebensalter als Kapitalanlage an Bedeutung verliert, auch am Beispiel von Haushalten gleicher Einkommensgruppen nachweisen. Im übrigen ist hier auch zu berücksichtigen, daß viele Personen dieser Altersgruppe früher einen Lebensversicherungsvertrag besaßen, der inzwischen durch Auszahlung der Versicherungssumme seinen Zweck erfüllt hat.

Die Streuung der Versicherungssummen spiegelt sich wider in der Streuung der im Jahre 1969 zu zahlenden Prämien für Lebens- und ähnliche Versicherungsverträge. Die durchschnittliche jährliche Belastung reichte von 97 DM (in Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen unter 300 DM) bis 2 395 DM (in Haushalten mit einem Einkommen von 2 500 bis unter 10 000 DM). Für Haushalte von Selbständigen war sie etwa zehnmal so groß wie für Haushalte von Nichterwerbstätigen, sechsmal so groß wie für Haushalte von Arbeitern, viermal so groß wie für Haushalte von Beamten und etwa zweieinhalbmal so groß wie für Haushalte von Angestellten und Landwirten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die im Jahr 1969 erfolgten Beitragszahlungen jeweils auf die Zahl aller Haushalte mit Lebensversicherungen bezogen wurden. Ein geringfügiger Prozentsatz dieser Haushalte dürfte aber bereits beitragsfrei gewesen sein (vor allem bei langfristigen Sterbegeldversicherungen).

Haushalte mit Bausparverträgen

Noch nicht ausgezahlte (zugeteilte) Bausparverträge sind insofern Vermögensbestände besonderer Art, als sie in der weitaus größten Zahl der Fälle nur ein Zwischenstadium auf dem Weg zum Erwerb von Haus- und Grundbesitz darstellen. Zwar werden Bausparverträge auch aus rein steuerlichen Gründen



1) ohne Haushalte von Ausländern und ohne Privathaushalte in Anstalten sowie ohne Haushalte mit einem monatl. Haushaltsnettoeinkommen von 10 000 u. mehr DM

oder wegen der Bausparprämie abgeschlossen, der Anteil dieser "unechten" Bausparer dürfte jedoch nicht allzu hoch sein.

Da für den Bau oder Kauf von Häusern oder Grundstücken in der Regel erhebliche finanzielle Mittel erforderlich sind, die zu einem wesentlichen Teil durch Bausparverträge beschafft werden, ist der Anteil der Haushalte mit Bausparverträgen an der Gesamtzahl der privaten Haushalte mit 23% wesentlich geringer als der Anteil der Haushalte mit Sparbüchern und Lebensversicherungen. Außerdem liegen die Abschlußsummen deutlich höher als bei den Lebensversicherungen. Von den Haushalten mit Bausparverträgen besaßen knapp 44% Verträge mit einer Bausparsumme von 20 000 und mehr DM; darunter waren immerhin noch 8% mit Verträgen über 50 000 und mehr DM. In rund 35% der Haushalte mit Bausparverträgen beliefen sich die Bausparsummen auf 10 000 bis unter 20 000 DM und nur in 22% auf weniger als 10 000 DM.

Die mit den hohen Bausparsummen verbundenen laufenden monatlichen Belastungen bewirken,

daß der Abschluß von Bausparverträgen wesentlich mehr von der Höhe des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens abhängt als der Abschluß von Lebensversicherungsverträgen. Von 100 Haushalten mit einem Einkommen von weniger als 300 DM verfügten 35 über Lebens- und ähnlichen Versicherungen, aber nur etwa drei über Bausparverträge. Die Streuung der Abschlußsummen war bei den Haushalten mit Lebensversicherungen wesentlich größer als bei den Haushalten mit Bausparverträgen, bei denen unabhängig vom Einkommen eine Mindestsparsumme von einigen Tausend DM erforderlich ist, wenn der Bausparvertrag seinen eigentlichen Zweck, nämlich den Bau oder den Erwerb von Wohnungseigentum finanzieren zu helfen, erfüllen soll.

Auch die Gliederung der Haushalte mit Bausparverträgen nach der sozialen Stellung und nach dem Alter des Haushaltsvorstandes läßt zwar deutliche Unterschiede hinsichtlich des Anteils der Haushalte mit Bausparverträgen an der jeweiligen Gesamtzahl der Haushalte, aber eine relativ große Übereinstimmung in der Aufteilung nach der Höhe der Bausparsummen erkennen. Diese Feststellung ist selbst unter Berücksichtigung des besonderen Charakters eines Bausparvertrages sicherlich etwas überraschend.

Außer nach der Bausparsumme wurde auch nach der Höhe der angesparten Beträge gefragt. Die zum Zeitpunkt der Erhebung tatsächlich angesparten Beträge, die dabei ermittelt wurden, müssen weit unter den abgeschlossenen Vertragssummen liegen. Die Zuteilung der Bausparsumme erfolgt nämlich in der Regel bereits, wenn etwa 35 bis 40% der Gesamtsumme eingezahlt sind. Die Bausparsummen blieben nur in 22 von 100 Haushalten mit Bausparverträgen unter 10 000 DM, die Ende 1969 vorhandenen Bausparguthaben gleicher Höhe aber in rund 83 von 100 Haushalten. Ferner werden die Bausparsummen mit zunehmendem Alter des Haushaltsvorstandes tendenziell geringer, die Sparguthaben (wegen der längeren Ansparperiode) dagegen höher.

Entsprechend dem höheren Niveau der Vertragssummen lagen auch die jährlichen Beiträge für Bausparverträge wesentlich über den gezahlten Prämien für Lebensversicherungen. Im Jahre 1969 wurde im Durchschnitt aller Haushalte mit Lebensversicherungen eine Jahresprämie von 467 DM gezahlt, von Haushalten mit Bausparverträgen aber fast viermal so viel, nämlich 1 815 DM. Auch war die Spanne zwischen den unteren und den oberen Einkommensgruppen bei den Bausparbeiträgen erheblich kleiner als bei den Lebensversicherungsprämien.

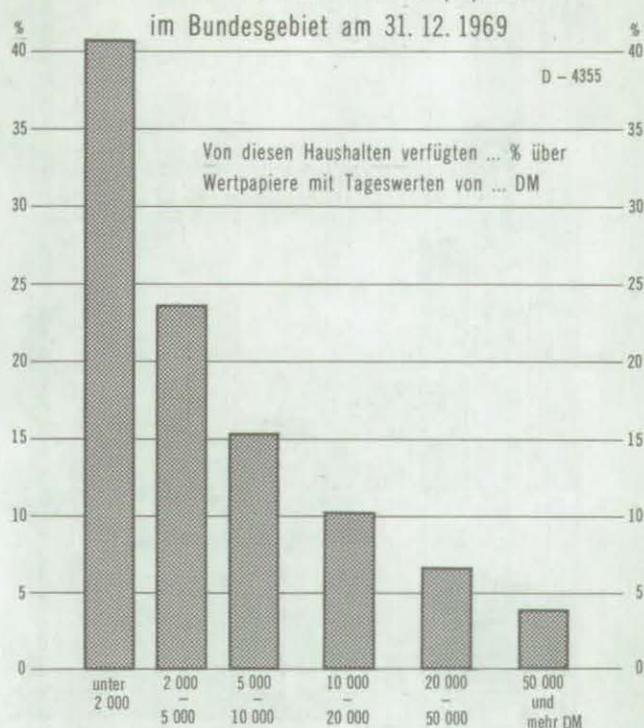
Haushalte mit Wertpapieren

Bevor auf den Wertpapierbesitz privater Haushalte eingegangen wird, erscheint ein kurzer allgemeiner Hinweis auf die besondere Struktur des privaten Wertpapierbesitzes notwendig. Nach den Ergebnissen der Vermögensteuerstatistik 1966 (Stand 1. Januar 1966) verfügten zum damaligen Zeitpunkt (neuere Zahlen liegen nicht vor) rund 160 000 vermögenssteuerpflichtige natürliche Personen mit Anteilen an Kapitalgesellschaften über rund 90% des Gesamtbestandes aller Aktien und Investmentzertifikate, die sich im Besitz privater Haushalte befanden. Bei den festverzinslichen Wertpapieren betrug der Anteil von rund 140 000 Personen am Gesamtbestand etwa 45%. Selbst wenn diese Relationen 1969 nicht mehr genau zuträfen, darf doch angenommen werden, daß sich auch im Jahre 1969 der überwiegende Teil des gesamten privaten Wertpapiervermögens im Besitz einer zahlenmäßig kleinen Gruppe von Haushalten befand, die in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe nicht repräsentiert wird. Zwar wirkt sich ihre Nichterfassung auf die Verteilung der Anzahl der Haushalte nach Vermögensgrößenklassen kaum aus, wertmäßig besteht aber eine erhebliche Erfassungslücke.

Rund ein Fünftel der hier dargestellten privaten Haushalte besaß Ende 1969 Wertpapiere. Der Tageswert der Papiere belief sich in 41 von 100 dieser Haushalte auf weniger als 2 000 DM; dieser Anteil ist somit fast genauso hoch wie der Anteil der Haushalte mit Sparbüchern unter 2 000 DM an der Gesamtzahl der Haushalte mit Sparbüchern. Auch nach den Ergebnissen der Stichprobe ist damit bewiesen, daß es sich bei dem überwiegenden Teil der Haushalte mit Wertpapieren um Kleinsparer handelt, die nicht mehr als einige Tausend DM investiert haben. Faßt man alle Haushalte mit Beständen im Wert von weniger als 5 000 DM zusammen, so hat man bereits knapp zwei Drittel aller Haushalte mit Wertpapieren.

Ein Teil der vorhandenen Wertpapiere wurde sicherlich bereits vor Jahren erworben; ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Wertpapierbesitz und Haushaltsnettoeinkommen besteht eigentlich nur bei den Haushalten, die im Jahre 1969 erstmals Wertpapiere gekauft haben. Trotzdem nimmt sowohl der Anteil der Haushalte mit Wertpapieren an der Gesamtzahl der Haushalte als auch der Anteil der Haushalte mit Wertpapierbeständen im Wert von 10 000 und mehr DM mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen zu. Nur etwa 6% aller Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen unter 300 DM besaßen Wertpapiere; in jedem zweiten dieser Haus-

Private Haushalte¹⁾ mit Wertpapieren



1) ohne Haushalte von Ausländern und ohne Privathaushalte in Anstalten sowie ohne Haushalte mit einem monatl. Haushaltsnettoeinkommen von 10 000 u. mehr DM

halte betrug der Wert der Bestände weniger als 2 000 DM. Dagegen verfügten 58% der Haushalte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 2 500 bis unter 10 000 DM über Wertpapiere; in jedem zweiten dieser Haushalte lag der Wert der Bestände bei 10 000 und mehr DM.

Haushalte von Selbständigen, die Wertpapiere besaßen, unterschieden sich von vergleichbaren Haushalten aller anderen sozialen Gruppen vor allem durch eine stärkere Häufung der Haushalte in den oberen Bestandsgrößenklassen. Bei den Arbeitern und Landwirten waren dagegen die unteren Größenklassen am stärksten besetzt. Bei den Haushalten von Landwirten dürfte diese Klumpung nicht nur einkommensbedingt sein, sondern zum Teil auch auf das Vorhandensein geringwertiger, absatzbedingter Beteiligungen (zum Beispiel sogenannter "Zuckeraktien") zurückzuführen sein.

Gliedert man die Haushalte mit Wertpapieren nach dem Alter des Haushaltsvorstandes, so ergibt sich, daß wider Erwarten der Anteil der Haushalte mit Wertpapieren in allen Altersgruppen - mit Ausnahme der kaum ins Gewicht fallenden Haushalte mit Haushaltsvorständen unter 25 Jahren - etwa gleich bleibt. Dagegen verlagerten sich die Schwerpunkte der Vermögensbestände mit zunehmendem Alter des Haushaltsvorstandes

von den unteren zu den mittleren und oberen Gruppen⁴.

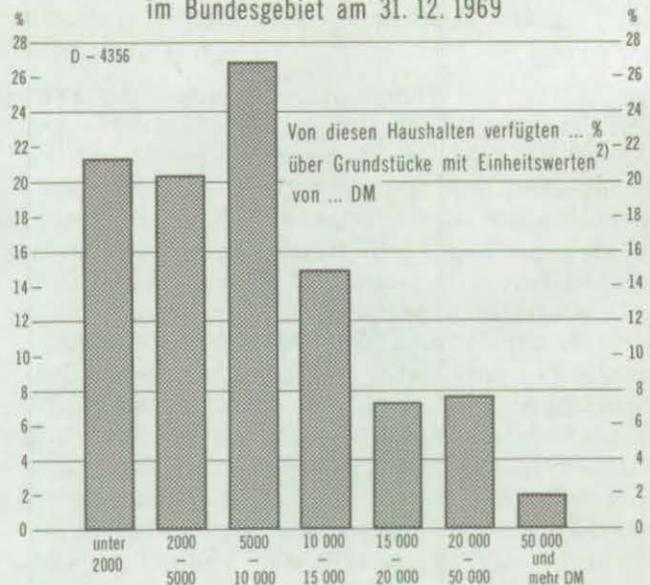
Haushalte mit Haus- und Grundbesitz

Auf die Problematik der Bewertung von Haus- und Grundbesitz wurde bereits in dem einleitenden Beitrag hingewiesen. Sicherlich sind die Einheitswerte von 1935 kein geeigneter Maßstab, um daran den tatsächlichen gegenwärtigen Wert von Grund und Boden zu messen, zumal es im Rahmen des ohnehin sehr anspruchsvollen und zeitaufwendigen Schlußinterviews nicht möglich war, nähere Einzelheiten über die Art des Grundvermögens zu erfragen. Immerhin ergeben sich aus der Verteilung der Einheitswerte aber doch einige Hinweise auf die Bedeutung des Haus- und Grundbesitzes als Form der Vermögensanlage.

Ende 1969 verfügten 39 von 100 Haushalten nach ihren Angaben über Haus- und Grundbesitz (ohne eigengenutzte Betriebsgebäude und -grundstücke). Dabei wird es sich überwiegend um Eigentum an bewohnten Grundstücken, insbesondere an Grundstücken mit Ein- und Zweifamilienhäusern, handeln, die ausschließlich oder überwiegend zum eigenen Wohngebrauch bestimmt waren. Nach den Ergebnissen der 1%-Wohnungsstichprobe 1965 waren rund 32% der damals erfaßten Haushalte Eigentümer der Wohnung oder des Gebäudes, worin sie lebten. 70% der Eigentümerwohnungen lagen in Ein- oder Zweifamilienhäusern.

Auch die Gruppierung nach der Höhe der Einheitswerte (Stand: 1935) deutet darauf hin, daß Haus- und Grundbesitz für die meisten privaten Haushalte kein Erwerbvermögen darstellt, das ständig Einkünfte erbringt. Bei etwa 70 von 100 Haushalten mit Haus- und Grundbesitz lag der Einheitswert der vorhandenen Grundstücke unter 10 000 DM. Wenn auch die zahlenmäßige Übereinstimmung mit dem Anteil der Eigenheimbesitzer an den Eigentümerhaushalten nach der Wohnungsstichprobe 1965 weitgehend zufällig ist, dürfte die Annahme berechtigt sein, daß bei Einheitswerten unter 10 000 DM das Eigentum an unbebauten oder mit Ein- oder Zweifamilienhäusern bebauten Grundstücken die Regel ist. Umgekehrt liegt bei Einheitswerten von 20 000 und mehr DM die Vermutung nahe, daß - soweit sich diese Angabe auf bewohnte Grundstücke bezieht - der Eigentümer im allgemeinen nicht nur seinen eigenen Wohn-

Private Haushalte¹⁾ mit Haus- und Grundbesitz im Bundesgebiet am 31. 12. 1969



bedarf deckt, sondern auch Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung erzielt.

Schon allein deshalb, weil bei Haus- und Grundbesitz der Übernahme ererbten Gutes eine weit größere Bedeutung zukommt als bei allen anderen hier erfaßten Vermögensformen, ist der Zusammenhang zwischen laufendem Haushaltseinkommen und Haus- und Grundbesitz weniger eng als etwa bei Wertpapierbesitz. Lediglich in den Einkommensgruppen von 1 800 und mehr DM ergibt sich eine deutliche Verschiebung zu den höheren Einheitswertgruppen. Jeder zehnte Haus- und Grundbesitzer mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 2 500 bis unter 10 000 DM verfügte über Grundstücke mit einem Einheitswert von 50 000 und mehr DM. Bei den nicht nachgewiesenen Haushalten mit Einkommen von 10 000 und mehr DM dürfte dieser Anteil noch wesentlich höher liegen.

Bei der Gliederung der Ergebnisse nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes heben sich die Haushalte der Landwirte und der Selbständigen dadurch hervor, daß die Einheitswertgruppen von 20 000 und mehr DM bei ihnen wesentlich stärker besetzt sind als bei den übrigen Haushalten. Vor allem bei den Landwirten ist dies allerdings auch dadurch zu erklären, daß hier eine Trennung des privaten und betrieblichen Grundvermögens häufig nicht möglich ist, so daß in den beim Interview genannten Einheitswerten das Betriebsvermögen, obwohl es von der Erfassung ausgeschlossen war, meist doch enthalten sein dürfte. Inwieweit das auch für Selbständige zutrifft (etwa für einen Gewerbetreibenden,

4) Ein weiterer Aufsatz von M. Euler in Wirtschaft und Statistik 1971, Seite 199 ff. (März) beschäftigt sich an Hand der Ergebnisse der EVS 1969 mit der Höhe und Struktur der Wertpapierbestände und den Wertpapierarten

der im ersten Stock seines Hauses wohnt und im unteren Geschoß seine Geschäftsräume hat), läßt sich aus dem Material nicht erkennen.

Das Alter des Haushaltsvorstandes ist zwar für den Anteil der Haushalte mit Haus- und Grundbesitz an der Gesamtzahl der Haushalte bedeutsam, für die Verteilung der Einheitswerte nach Größenklassen dagegen kaum. Sieht man von den Haushalten mit einem Haushaltsvorstand unter 25 Jahren ab, da hier kein statistisch gesicherter Nachweis möglich ist, so ergibt sich folgendes Bild: Haushalte mit 25- bis unter 35jährigen Haushaltsvorständen besaßen zu 26% Grundbesitz. Dieser Anteil erhöhte sich bis zu fast 50% bei den Haushalten mit 45- bis unter 55jährigen Haushaltsvorständen und sinkt dann wieder auf 33% bei den Haushalten, deren Haushaltsvorstand das 65. Lebensjahr vollendet hatte. Die Verteilung der Einheitswerte nach Größenklassen ist dagegen insbesondere bei Haushalten mit Haushaltsvorständen von 35 Jahren an fast gleich⁵.

Sparmotive, Sparziele und Sparneigungen privater Haushalte

Um die sehr beschränkten Kenntnisse über das Sparverhalten der privaten Haushalte zu erweitern, hat die amtliche Statistik erstmals versucht, im Rahmen des Schlußinterviews auch einige Informationen über Sparmotive, Sparziele und Sparneigungen der erfaßten Haushalte zu gewinnen.

An die Haushalte wurden hinsichtlich der Sparziele und Sparmotive Fragen mit folgenden Antwortmöglichkeiten gerichtet:

- 1) Sie haben erklärt, daß Ihre Ersparnisse ganz oder teilweise für bestimmte Vorhaben verwendet werden sollten. Würden Sie bitte sagen, um welche Vorhaben es sich im einzelnen handelt? (Hauskauf oder -bau, Erwerb von Eigentumswohnungen oder eines Grundstücks, Kauf eines Kraftfahrzeugs, Kauf sonstiger größerer Einrichtungs-, Gebrauchs- oder Schmuckgegenstände, Urlaubsreisen, Übernahme oder bessere Ausstattung einer eigenen Firma oder Praxis, sonstige größere Vorhaben)
- 2) Sie haben erklärt, daß Ihre Ersparnisse nur z. T. oder überhaupt nicht zur Finanzierung bestimmter Vorhaben vorgesehen waren. Würden Sie bitte sagen, aus welchen anderen Gründen gespart wurde? (Um die Altersversorgung für sich selbst oder den Ehepartner zu sichern; um die Zukunft und Ausbildung der Kinder zu sichern; um in Notfällen, z. B. Krankheit oder Arbeitslosigkeit, nicht mittellos zu sein; weil Sparen Ansehen und Gewinn bringt; weil es unnötig gewesen wäre, die vorhandenen Mittel ganz für die Lebenshaltung auszugeben; aus sonstigen Gründen)

⁵ Ein weiterer Aufsatz von M. Euler in *Wirtschaft und Statistik* 1971, Seite 261 ff. (April) beschäftigt sich an Hand der Ergebnisse der EVS 1969 mit den laufenden Aufwendungen (Unterhaltskosten sowie Tilgungs- und Zinszahlungen) für Haus- und Grundbesitz

Hinsichtlich der Sparneigung lautete die Fragestellung wie folgt:

- 1) Wenn Ihr monatliches Haushaltsnettoeinkommen vom nächsten Monat ab um 10 % erhöht würde, wieviel würden Sie von dem zusätzlichen Geld wohl sparen?

Folgende Antwortmöglichkeiten waren vorgegeben:

Alles
Etwa drei Viertel
Etwa ein Halb

Etwa ein Viertel
Nichts
Weiß nicht

Haushalten, die nach ihren Angaben zusätzliches Geld sparen würden, wurde weiter die Frage gestellt:

- 2) In welcher Form würden Sie das Geld sparen?

Folgende Antwortmöglichkeiten waren vorgegeben:

Auf das Sparbuch einzahlen
Wertpapiere kaufen
Lebensversicherung oder Bausparvertrag abschließen, erhöhen

In eigenen Betrieb, Praxis investieren
In anderer Weise (z. B. bar) sparen
Weiß nicht

Wenn auch eine einmalige Untersuchung lediglich als eine Momentaufnahme angesehen werden kann, weil für die Wirtschaftssubjekte die Datenkonstellation im Zeitablauf vielfältigen Wandlungen unterworfen ist, so hat die Erhebung doch für einen ganz bestimmten Zeitpunkt, nämlich das Jahresende 1969, auf diesem Gebiet erstmalig Erkenntnisse erbracht, an die zu gegebener Zeit wieder angeknüpft werden kann. Die Ergebnisse sind von M. Euler in einem Aufsatz in *Wirtschaft und Statistik* 1971 Seite 137 ff. (Februar) ausführlich besprochen worden.

Nutzung der staatlichen Sparförderung durch private Haushalte

In welcher Weise und in welchem Ausmaß die privaten Haushalte die direkten staatlichen Sparförderungsmaßnahmen genutzt haben, wie sie sich im Wohnbau-Prämiengesetz von 1954, im Spar-Prämiengesetz und im Vermögensbildungsgesetz (Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer) niedergeschlagen haben, wurde ebenfalls durch Fragen des sogenannten Schlußinterviews geklärt. Erfragt wurden folgende Merkmale:

- a) Besitz prämienebegünstigter Sparbücher und Höhe der prämienebegünstigten Sparguthaben am 31. 12. 1969;
- b) Besitz von Bausparverträgen, Bausparleistungen im Jahre 1969, Inanspruchnahme von Bausparprämien oder Steuervergünstigungen;

c) Anlage von Ersparnissen nach dem 312-DM-Gesetz (Zweites Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer) nach Sparformen im Jahr 1969, Bezug vermögenswirksamer Leistungen des Arbeitgebers.

Auch dieser Teil der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 hat interessante Ergebnisse erbracht, die gleichfalls von M. Euler in "Wirtschaft und Statistik" 1971 Seite 59 ff. (Januar) dargeboten und analysiert worden sind.

Lücken und Entwicklungsmöglichkeiten der Vermögensstatistik

So umfangreich der Fragenkatalog und so vielschichtig die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe auf dem Gebiet der Vermögensbildung sind - es konnten auch im vorliegenden Aufsatz über die Vermögensbestände und die Vermögensverteilung in privaten Haushalten nur Teilausschnitte behandelt werden -, so genügen sie dennoch nicht den Anforderungen an eine Vermögensstatistik, die als Grundlage so bedeutsamer und weittragender gesellschaftspolitischer Maßnahmen dienen soll, wie sie zu einer Umverteilung des Volksvermögens ohne politische und wirtschaftliche Erschütterungen und Rückschläge erforderlich sind.

Es hat sich gezeigt, daß erhebliche Lücken hinsichtlich der Erfassung bestimmter Vermögenswerte bestehen. Das fängt beim sogenannten Geldvermögen privater Haushalte an, das sich aus Sparguthaben bei Banken, Sparkassen, Post usw., Wertpapierbeständen, Beständen auf Girokonten, an Bargeld usw. zusammensetzt. Hier fehlen die sonstigen Forderungen wie Leibrenten, Nutzungsrechte und ähnliches. Vom Sachvermögen sind lediglich die privaten Gebäude und Grundstücke und die langlebigen Gebrauchsgüter erfaßt, nicht aber der Hausrat, die Schmuck- und Kunstgegenstände sowie das Betriebsvermögen, das privaten Unternehmer- und Selbständigen-Haushalten gehört. Ganz außer Betracht sind die immateriellen Vermögenswerte geblieben wie Lizenzen, Patente, Copyrights, Firmenwerte, technisches Know-how und ähnliches.

Darüber hinaus bestehen weitere Lücken hinsichtlich der Erfassung der Vermögen bestimmter Gruppen von Vermögensbesitzern. Bei der gesetzlich festgelegten Freiwilligkeit der Beteiligung an der Erhebung ist die Auskunftsbereitschaft über Einkommen und Vermögen nicht allzu groß. Besonders hohe Ausfallquoten entstehen durch nicht ausreichende Beteiligung von Haushalten mit besonders hohem Einkommen und Vermögen. Das ist für die Ermittlung der absoluten

Höhe der Vermögensbestände deswegen besonders nachteilig, "weil aus anderen Statistiken bekannt ist, daß der Anteil der in diesen Haushalten konzentrierten Vermögensbestände bei bestimmten Vermögensformen, besonders bei Betriebsvermögen und Wertpapierbesitz, außergewöhnlich hoch ist"⁶.

Als das zentrale statistische Erfassungsproblem einer Vermögensstatistik aber kennzeichnet M. Euler die Schwierigkeit der begrifflichen Abgrenzung des Vermögens privater Haushalte. "Was unter Vermögen der privaten Haushalte im einzelnen zu verstehen ist, wird ein Jurist anders definieren als ein Betriebswirt, ein Soziologe anders als ein Steuerrechtler ... Es kann daher keine Zweifel daran geben, daß im Grunde jede Abgrenzung des Vermögensbegriffs durch rechts-, sozial- und gesellschaftspolitische Wert- und Zielvorstellungen beeinflußt wird". Das wird ganz besonders deutlich bei der Frage der Hinzurechnung der Sozialversicherungsbeiträge zum Vermögensbestand der Arbeitnehmer und beim sogenannten Arbeitsvermögen, worunter die gute Erziehung, eine solide Berufsausbildung und die antrainierte Gewißheit, aus eigener Kraft zurecht zu kommen, zu verstehen sind. Eine "sachliche" Lösung dieser Fragen ist letzten Endes nicht möglich; eine Beurteilung kann im Grunde nur vom jeweiligen politischen Standort her vorgenommen werden⁷.

Neben diesen Schwierigkeiten bestehen die nicht zu unterschätzenden technischen Probleme der Bewertung und Fortschreibung, auf die hier im einzelnen nicht eingegangen werden kann.

Die genannten Lücken können nicht dadurch geschlossen werden, daß auf andere Quellen spezieller vermögensstatistischer Art zurückgegriffen wird. Neben den direkten Befragungen der privaten Haushalte stehen zum Zwecke der Ermittlung des Vermögens privater Haushalte zwar noch die Vermögenssteuerstatistik, die Einheitswertstatistik und hinsichtlich der Forderungen und Verbindlichkeiten Unterlagen bei den finanziellen Mittelern, insbesondere die Kredit- und Einlagenstatistiken der Kreditinstitute, zur Verfügung. Es seien hier die Jahresberichte des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, die Jahrbücher "Die deutsche Lebensversicherung", herausgegeben von der Pressestelle des Verbandes der Lebensversicherungsunternehmen, sowie die Depot-

6) Vergleiche M. Euler "Probleme der Erfassung von Vermögensbeständen privater Haushalte im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969" in Wirtschaft und Statistik 1970, S. 601 ff. (Dezember)

7) Vergleiche Rolf Seitzzahl "Die politische Dimension der Vermögensstatistik" in Gewerkschaftliche Monatshefte 1972, S. 109 ff. (Februar)

und Beteiligungsstatistik der Deutschen Bundesbank erwähnt. Infolge ihrer spezifischen Aufgabenstellung weichen aber Methoden, Begriffe, Bewertungs- und Zurechnungsmaßstäbe der einzelnen Statistiken voneinander ab, so daß ihre Ergebnisse nicht zusammengefaßt und mit den primärstatistischen Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe in Einklang gebracht werden können.

Da jedoch das Thema der Vermögensverteilung ein hochpolitisches Anliegen ist, werden die Bemühungen nicht nachlassen, die amtliche Vermögensstatistik auszubauen und sie mit den Vermögensstatistiken anderer Stellen zu koordinieren. Ein erster Schritt, das vorhandene statistische Material zusammenzutragen und bekanntzumachen, ist vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales mit seiner Broschüre "Die Einkommens- und Vermögensverteilung in der Bundesrepublik

Deutschland", Bonn 1970 (neueste Ausgabe 1971) gemacht worden. Von fachkundiger Seite wird die Ansicht vertreten, daß die vorhandenen Statistiken durchaus eine tragfähige Basis für die Erstellung eines geschlossenen Systems gesamtwirtschaftlicher Vermögensbilanzen bilden können. Konkrete Vorschläge enthält das neue System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen der Vereinten Nationen (SNA). Die Möglichkeiten, die die Einführung von Personenkennzeichen und die verstärkte Automation in Verwaltung und Wirtschaft bieten, werden zweifellos zu einer engeren Verknüpfung der verschiedenen statistischen Erhebungen führen und dazu beitragen, den Aussagewert der vermögensstatistischen Ergebnisse zu erhöhen⁸.

Dr. Georg Goldmann

⁸) Vergleiche die Beiträge zur 19. Tagung des Statistischen Beirats am 12./13. Mai 1971 (herausgegeben vom Statistischen Bundesamt)

Die Schichtung der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen und ihrer Einkünfte 1968

Die Ergebnisse der Steuerstatistiken werden auch in Zukunft stets erst verhältnismäßig spät vorliegen. Den Verbraucher, dem ausschließlich an aktuellem Material gelegen ist, werden sie daher weniger interessieren; zwischen Erhebung und Veröffentlichung liegen aus den verschiedensten sachlichen Gründen mehr oder minder große Zeiträume, in denen Arbeiten erledigt werden, die primär nicht statistischen Zwecken dienen und auf deren Beschleunigung der Statistiker keinen entscheidenden Einfluß hat. Dieser Nachteil mangelnder Aktualität wird jedoch dadurch zum Teil wieder ausgeglichen, daß es sich bei den Steuerstatistiken um Struktur-erhebungen handelt. Erfahrungsgemäß ändert sich nämlich in der Regel die Struktur eines Steuersystems, also die Art und Weise, wie die verschiedenen Glieder dieses Systems zu einem Ganzen zusammengefügt sind, kurzfristig nur wenig. Die Statistiken der Steuern vom Einkommen zum Beispiel werden daher auch nur alle drei Jahre aufbereitet. Erst die längerfristige Betrachtungsweise bietet überhaupt die Möglichkeit, die entscheidenden Veränderungen und Entwicklungstendenzen zu verfolgen. Trotz des relativ späten Vorliegens der Ergebnisse ist die Aufbereitung der Lohn- und Einkommensteuerstatistiken schon deswegen gerechtfertigt, weil sie verhältnismäßig vollständiges Zahlenmaterial zu Sach-

gebieten liefern, die über rein steuerliche Tatbestände hinausgehen und anderswo im Instrumentarium der amtlichen Statistik nicht enthalten sind.

Mit den Ergebnissen der Lohnsteuerstatistik 1968 und der Einkommensteuerstatistik 1968 liegen nunmehr Unterlagen für eine einheitliche Schichtung der steuerlichen Einkünfte aller in Schleswig-Holstein wohnenden natürlichen Personen vor. Diese Unterlagen fielen schon bei früheren Statistiken an, jedoch sind jetzt erstmals durch besondere methodische Vorkehrungen bei der Aufbereitung die Voraussetzungen geschaffen worden, um vergleichbare Begriffe zu erhalten und damit eine ziemlich genaue Zusammenführung der steuerlichen Einkünfte aller natürlichen Personen zu einer einheitlichen Einkommenspyramide zu ermöglichen.

Eine Schichtung der ökonomischen Einkünfte (etwa im Sinne der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) kann von der Einkommensteuerstatistik nicht erwartet werden. Die Statistik beruht auf Unterlagen, die primär für steuerliche Zwecke angelegt sind. Sie kann daher auch nur etwas über die steuerlichen Einkünfte aussagen. Alle Hochrechnungsversuche zu einem ökonomischen Einkommen mit Hilfe von Angaben, die bei der Aufbereitung der Steuerstatistik anfallen, können

die steuerlichen Einkünfte zwar modifizieren; sie kommen dem ökonomischen Einkommensbegriff aber nicht in entscheidendem Maße näher, solange insbesondere die Einkünfte aus der sozialen Rentenversicherung¹ sowie die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft größtenteils und die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung sowie die unverteilter Gewinne der Kapitalgesellschaften überhaupt nicht erfaßt sind. Im Gegenteil, eine solche Modifizierung würde die bestehenden Begriffe verwässern, indem ein neuer (dritter) Einkommensbegriff geschaffen würde, der weder den steuerlichen noch den ökonomischen Einkünften entspricht.

Zur Aufstellung einer derartigen Einkommenspyramide der zusammengeführten Teilmassen "Lohnsteuerpflichtige" und "Einkommensteuerpflichtige" müßte der Einkommensbegriff erweitert werden. Zusätzlich einbezogen würde das, was neben den steuerlichen Einkünften mit Hilfe der Einkommensteuerstatistik noch zu erfassen ist; es ist vergleichsweise ein recht geringer Betrag gegenüber demjenigen Teil des ökonomischen Einkommens, den einzubeziehen nicht möglich ist.

Die Ergänzung setzt sich aus dem Arbeitnehmerfreibetrag, dem Weihnachtsfreibetrag, den Aufwendungen nach dem zweiten Vermögensbildungsgesetz und den Sondervergünstigungen zusammen. Hauptsächlich sind in ihr die Sondervergünstigungen nach § 7b EStG enthalten. Die Abgrenzung dieses erweiterten Einkommensbegriffs ist recht willkürlich gewählt, und z. T. ist strittig, ob die Hinzurechnungen wirklich zum ökonomischen Einkommen gehören.

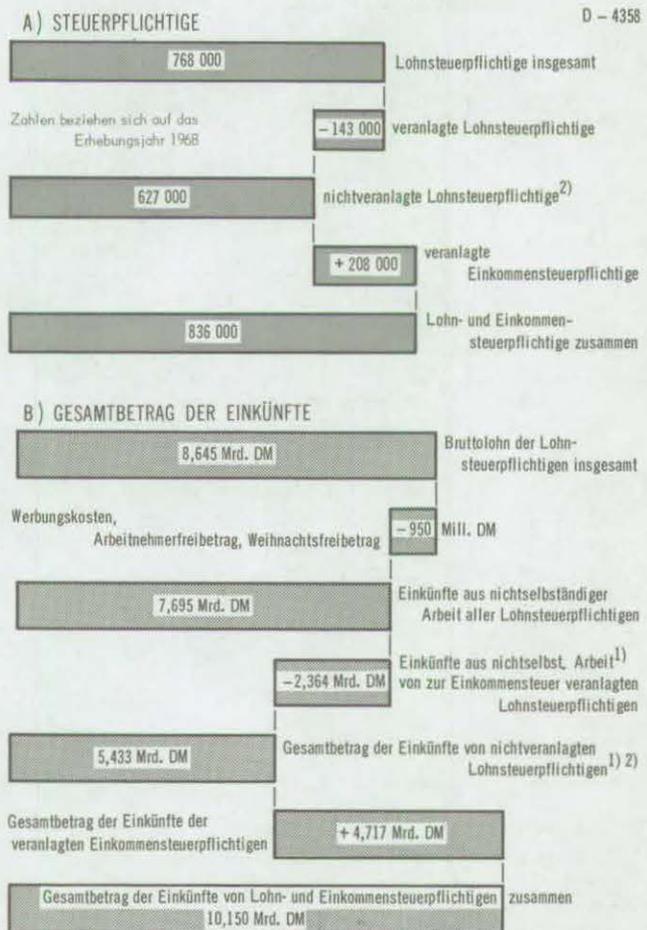
Für den sogenannten "ergänzten Gesamtbetrag der Einkünfte" ergäbe sich dadurch in Schleswig-Holstein gegenüber dem steuerlichen Gesamtbetrag der Einkünfte ein um 587 Mill. DM höherer Wert.

Abgrenzung der wichtigsten Begriffe und Berechnungsmethode

Das Haupthindernis für eine exakte Zusammenführung der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen bildete bisher die unterschiedliche Abgrenzung der Begriffe "Lohnsteuerpflichtiger" und "Einkommensteuerpflichtiger". Während die Schichtung der Lohnsteuerpflichtigen sich stets auf die individuellen Einkünfte der einzelnen Arbeitnehmer bezog, beruhte die Pyramide der Einkommensteuerpflichtigen teils auf Individualeinkommen, teils aber auch auf dem kumulierten Familieneinkommen der Ehegatten (Zusammenveranlagung). Um diese Diskrepanz zu beseitigen, wurde mit der Aufbereitung der Lohnsteuerstatistik 1968 der Begriff "Lohnsteuerpflichtiger" demjenigen des Einkommensteuerpflichtigen angeglichen, das heißt, Ehegatten mit beiderseits Bruttolohn wurden als ein Steuerpflichtiger gezählt und mit ihren

zusammengerechneten Einkünften in die Schichtung eingeordnet. Diese methodische Änderung ist nur folgerichtig, wenn man bedenkt, daß die Lohnsteuer weiter nichts als eine besondere Form der Einkommensteuer ist und das Prinzip der Zusammenbehandlung von Ehegatten auch in der Lohnsteuer (zum Beispiel beim gemeinsamen Lohnsteuer-Jahresausgleich) durchaus üblich ist. Im übrigen bewegen sich beide Steuerarten seit längerer Zeit in zunehmendem Maße aufeinander zu, weil mehr und mehr Lohnsteuerpflichtige infolge der Bestimmungen des § 46 EStG zur Einkommensteuer veranlagt werden müssen, und es ist durchaus nicht abwegig zu erwarten, daß eines Tages die Lohnsteuer in der Einkommensteuer aufgeht, wenn nicht die Einkommensgrenzen des § 46 EStG drastisch heraufgesetzt werden.

Schema für die Zusammenführung der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen und ihres steuerlichen Gesamtbetrages der Einkünfte



1) Allein die Einkünfte aus der öffentlichen Arbeiter- und Angestelltenrentenversicherung beliefen sich im Jahre 1968 in Schleswig-Holstein auf schätzungsweise 1,3 Mrd. DM

1) einschließlich steuerfreier Versorgungsbezüge im Sinne des § 19 (3) EStG
2) Die Differenz von 2 000 Lohnsteuerpflichtigen bzw. ca. 100 Mill. DM Einkünften gegenüber dem Ergebnis aus der Subtraktion der beiden vorhergehenden Posten erklärt sich aus der unvollständigen Erfassung der Einkünfte in der Lohnsteuerstatistik und deren Ergänzung mit Hilfe der Einkommensteuerstatistik

Eine weitere Schwierigkeit, die Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen zu einer einheitlichen Schichtung zusammenzufassen, bestand in dem unterschiedlichen Schichtungsmerkmal. Für die Einkommensteuerpflichtigen ist die Höhe des Gesamtbetrages der Einkünfte maßgebend, während die Lohnsteuerpflichtigen bekanntlich nach der Höhe des Bruttolohnes in Größenklassen eingeteilt werden. Auch hier wurden die Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik durch eine besondere Aufbereitung in der Weise modifiziert, daß sie mit der Einkommensteuerstatistik vergleichbar waren und zusammengeführt werden konnten. Zur Ermittlung der steuerlichen Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (das entspricht dem Gesamtbetrag der Einkünfte der nichtveranlagten Lohnsteuerpflichtigen) mußten die Werbungskosten und der Arbeitnehmer- und Weihnachtsfreibetrag vom Bruttolohn subtrahiert werden. Entsprechende Kosten und Freibeträge sind nämlich in den Einkünften der Einkommensteuerpflichtigen nicht enthalten.

Die veranlagten Lohnsteuerpflichtigen wurden sowohl von der Einkommensteuerstatistik als auch von der Lohnsteuerstatistik erfaßt. Bei einer einfachen Addition würden sie also doppelt gezählt. Um dies zu verhindern, ist im Rahmen der Einkommensteuerstatistik eine besondere Tabelle erstellt worden, die nur die veranlagten Lohnsteuerpflichtigen sowie ihre Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit in der Gliederung nach deren Höhe enthielt. Die in dieser Tabelle enthaltenen Lohnsteuerpflichtigen wurden vom Ergebnis der Lohnsteuerstatistik abgesetzt. Dadurch war es möglich, die Doppelerfassungen auszuschalten. Von der Lohnsteuerstatistik blieben nur noch die nichtveranlagten Lohnsteuerpflichtigen übrig, die nunmehr mit den Ergebnissen der Einkommensteuerstatistik vergleichbar waren und mit diesen zu einer einheitlichen Schichtung zusammengefaßt werden konnten.

Ergebnisse

Die Zahl der nichtveranlagten Lohnsteuerpflichtigen betrug im Jahre 1968 rund 627 000; von ihnen wurden Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit in Höhe von 5,43 Milliarden DM erzielt. Weitere 143 000 Lohnsteuerpflichtige wurden zur Einkommensteuer veranlagt. Auf sie entfielen unter Einschluß der steuerfreien Versorgungsbezüge im Sinne des § 19 (3) EStG Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit in Höhe von 2,36 Milliarden DM. Das ergibt insgesamt 770 000 Lohnsteuerpflichtige mit 7,80 Milliarden DM Einkünften aus Arbeitnehmertätigkeit. Die so berechnete Zahl der Steuerpflichtigen liegt um etwa 2 000 über dem Gesamtergebnis der Lohnsteuerstatistik 1968. Die Differenz geht zum Teil auf das Fehlen von veranlagten Lohnsteuerpflichtigen mit über 25 000 DM Gesamtbetrag der Einkünfte in der Lohnsteuerstatistik zurück. Wie schon bei früheren Erhebungen mußte nämlich auch 1968 die Erfahrung gemacht werden, daß die Lohnsteuerkarten von Veranlagten mit höherem Bruttolohn in den Finanzämtern den Veranlagungsakten nicht entnommen wurden und damit für die Lohnsteuerstatistik ausfielen.

In den Größenklassen des Gesamtbetrages der Einkünfte über 25 000 DM ist eine Besetzung mit nichtveranlagten Lohnsteuerpflichtigen nur noch in wenigen Fällen möglich, da § 46 EStG zwingend die Veranlagung zur Einkommensteuer vorschreibt, sobald das Einkommen 24 000 DM überschreitet. Um die erwähnte lückenhafte Erfassung in der Lohnsteuerstatistik zu mildern, sind daher in der Tabelle oben ohne besondere Berechnung die Lohnsteuerpflichtigen mit Arbeitnehmereinkünften über dem Schwellen-

Lohnsteuerpflichtige
und veranlagte unbeschränkt Einkommensteuerpflichtige 1968
ohne Verlustfälle der zur Einkommensteuer Veranlagten

Größenklasse nach dem Gesamtbetrag der Einkünfte	Unbeschränkt Einkommen- steuerpflichtige ¹		Nichtveranlagte Lohn- steuerpflichtige ²	
	Anzahl	Gesamt- betrag der Ein- künfte Mill. DM	Anzahl	Gesamt- betrag der Ein- künfte Mill. DM
1 000 DM				
Mill. DM				
0 oder negativ unter 1,5	— ^a	—	35 599 ^b	—
1,5 — 3	563	0,6	54 853	39,2
3 — 5	3 021	7,1	31 008	71,2
5 — 8	9 505	39,0	47 961	193,8
8 — 12	23 344	153,5	109 466	727,9
12 — 16	38 831	388,1	176 675	1 758,6
16 — 25	31 561	437,9	112 436	1 543,3
25 — 50	51 737	1 050,6	59 157	1 098,9
50 — 75	37 282	1 223,6	—	—
75 — 100	6 307	380,5	—	—
100 — 250	2 550	219,6	—	—
250 — 500	3 222	462,6	—	—
	397	131,6	—	—
0,5 — 1	118	77,3	—	—
1 — 2	31	42,8	—	—
2 — 5	20	58,9	—	—
5 und mehr	5	43,4	—	—
Insgesamt	208 494	4 717,1	627 155	5 432,8

1) einschließlich veranlagter Lohnsteuerpflichtiger

2) Ehegatten, die beide Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit beziehen, sind — wie bei den Einkommensteuerpflichtigen — als ein Steuerpflichtiger gezählt

3) einschl. steuerfreier Versorgungsbezüge der nichtveranlagten Lohnsteuerpflichtigen im Sinne des § 19 (3) EStG

a) NV-Fälle: 10 535; Verlustfälle: 6 005

b) Lohnsteuerpflichtige mit geringem Bruttolohn, der durch Abzug des Arbeitnehmer-, Weihnachts- und Werbungskostenfreibetrages aufgezehrt wird

wert von 25 000 DM gestrichen und durch die Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik ersetzt worden.

Die Häufigkeitsverteilung der Nichtveranlagten zeigt eine relativ starke Besetzung der beiden untersten Größenklassen. Hier treten in erheblichem Umfang Personen auf, die nicht das ganze Jahr über Bruttolohn bezogen haben oder nur teilbeschäftigt waren, zum Beispiel stundenweise. Diese Personen bestreiten ihren Lebensunterhalt in der Regel auch noch aus anderen nicht von der Einkommensteuerstatistik erfaßten Quellen (z. B. Rentner, Studenten). Ein Vergleich mit den Einkünften der ganzjährig Beschäftigten in den höheren Größenklassen sollte diesem Umstand unbedingt Rechnung tragen. Die größte Häufigkeit unter den nichtveranlagten Lohnsteuerpflichtigen tritt in der Größenklasse 8 000 - 12 000 DM Gesamtbetrag der Einkünfte auf: auf sie entfielen 28% aller Pflichtigen, die 32% aller Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit auf sich vereinigten.

Unter den Einkommensteuerpflichtigen konnten die Nichtveranlagten (NV-Fälle)² und die Verlustfälle³ nicht in die Darstellung einbezogen werden. In der Tabelle oben sind sie nur nachrichtlich ausgewiesen, da sie in der einheitlichen Schichtung der Einkommensteuerstatistik nicht enthalten sind. Von der Statistik wurden daher im Jahre 1968 nur rund 208 500 unbeschränkt Steuerpflichtige mit positivem Einkommen erfaßt; hierunter befinden sich, wie oben erwähnt, 143 000 veranlagte Lohnsteuerpflichtige. Der Gesamtbetrag der Einkünfte belief sich insgesamt auf 4,7 Milliarden DM, wovon knapp die Hälfte auf Einkünfte aus Arbeitnehmer-tätigkeit entfielen. Schon das Größenverhältnis der Zahlen zwischen Einkommensteuerpflichtigen und nichtveranlagten Lohnsteuerpflichtigen sowie der relativ hohe Anteil der Lohnsteuerpflichtigen unter den Veranlagten lassen die hervorragende Bedeutung der Einkünfte der Arbeitnehmer für die Besteuerung der Einkommen erkennen. Bei einem Vergleich der Schichtungen bleibt aber festzuhalten, daß die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit sich stärker auf die kleinen und mittleren Einkommen konzentrieren, während die Einkünfte aus Gewerbebetrieb stärker in den höheren Größenklassen zu finden sind.

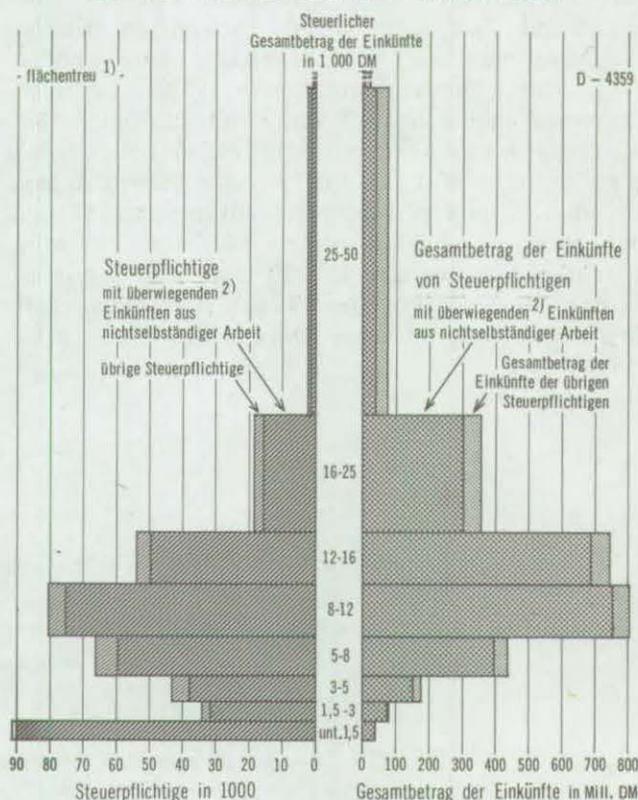
2) Ein NV-Fall liegt insbesondere dann vor, wenn sich bei einem unbeschränkt in der Veranlagungsliste verzeichneten Steuerpflichtigen ohne besondere Prüfung ergibt, daß der zu versteuernde Einkommensbetrag bei Anwendung der Grundtabelle weniger als 1 710 DM, bei Anwendung der Splittingtabelle weniger als 3 420 DM beträgt, also unter der Freigrenze liegt

3) Ein Verlustfall liegt vor, wenn die Veranlagung ein negatives Einkommen oder, soweit Sonderausgaben nicht geltend gemacht werden, einen negativen Gesamtbetrag der Einkünfte ergibt

Die einheitliche Schichtung der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen ist in wesentlichen Umrissen durch die Verteilung der Lohnsteuerpflichtigen auf die einzelnen Größenklassen bestimmt. Dies läßt auch das Bild erkennen, in dem die Steuerpflichtigen mit überwiegendem Arbeitseinkommen und ihr Gesamtbetrag der Einkünfte sich durch eine besondere Schraffur aus der Gesamtheit der Einkommensteuerpflichtigen heraushebt. Danach kommt allen übrigen einkommensteuerpflichtigen natürlichen Personen und ihren Einkünften nur eine vergleichsweise geringe "Randbedeutung" zu.

Von den insgesamt 836 000 Steuerpflichtigen, die im Jahre 1968 steuerliche Einkünfte in Höhe von 10,1 Milliarden DM erzielten, bezogen 89% überwiegend Arbeitnehmer-einkommen. Von allen Einkünften konnten sie jedoch nur 75% auf sich vereinigen. Der Rest entfiel hauptsächlich auf Steuerpflichtige mit überwiegenden Einkünften aus Gewerbebetrieb. Sie stellten knapp 7% aller Einkommensbezieher, erzielten aber 17% Einkünfte. Die Anteile der Steuerpflichtigen mit überwiegend anderen Einkunftsarten brauchen hier nicht weiter erläutert zu werden; sie sind unbedeutend.

Die Lohn- und veranlagten Einkommensteuerpflichtigen und ihre Einkünfte 1968 nach Größenklassen



1) Maßstab bezogen auf je 1 500 DM der Größenklassen nach dem Gesamtbetrag der Einkünfte
2) Überwiegend heißt: höher als Einkünfte aus jeder einzelnen anderen Einkunftsart

Zusammenfassung der Lohn- und unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen 1968 zu einer einheitlichen Schichtung
ohne NV- und Verlustfälle

Größenklasse nach dem Gesamtbetrag der Einkünfte 1 000 DM Mill. DM	Lohn- und Einkommensteuerpflichtige zusammen		darunter mit überwiegenden Einkünften aus			
	Anzahl	Gesamtbetrag ₁ der Einkünfte Mill. DM	nichtselbständiger Arbeit		Gewerbebetrieb	
			Anzahl	Gesamtbetrag ₁ der Einkünfte Mill. DM	Anzahl	Gesamtbetrag ₁ der Einkünfte Mill. DM
0 oder negativ	35 599 ^a	.	35 599 ^a	—	.	.
unter 1,5	55 416	39,9	54 955	39,4	143	0,2
1,5 — 3	34 029	78,3	31 744	73,0	885	2,1
3 — 5	57 466	232,7	50 576	204,6	2 975	12,1
5 — 8	132 810	881,4	119 647	796,3	6 985	45,5
8 — 12	215 506	2 146,7	201 175	2 005,0	9 349	92,8
12 — 16	143 997	1 981,2	132 842	1 826,2	7 892	109,6
16 — 25	110 894	2 149,5	94 393	1 819,3	11 884	237,8
25 — 50	37 282	1 223,6	21 209	671,9	10 957	374,8
50 — 75	6 307	380,5	1 501	87,9	2 970	179,8
75 — 100	2 550	219,6	306	26,0	1 153	99,0
100 — 250	3 222	462,6	259	36,9	1 706	251,0
250 — 500	397	131,6	24	7,9	287	96,0
0,5 — 1	118	77,3	3	1,8	103	67,7
1 — 2	31	42,8	}	3	25	34,1
2 — 5	20	58,9			17	50,2
5 und mehr	5	43,4	—	—	5	43,4
Insgesamt	835 649	10 149,8	744 236	7 603,0	57 336	1 696,1

1) Ehegatten, die beide Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit beziehen, sind — wie bei den Einkommensteuerpflichtigen — als ein Steuerpflichtiger gezählt

a) Lohnsteuerpflichtige mit geringem Bruttolohn, der durch Abzug des Arbeitnehmer-, Weihnachts- und Werbungskostenfreibetrages aufgezehrt wird

Gut ein Fünftel aller Steuerpflichtigen (22%) hatten im Jahre 1968 Einkünfte von weniger als 5 000 DM. An allen Einkünften waren sie aber nur mit 3% beteiligt. Der größte Teil der Steuerpflichtigen (72%) erzielte Einkünfte zwischen 5 000 und 25 000 DM. Die Gruppe war am Gesamtbetrag der Einkünfte etwa in dem Maße beteiligt, der ihrem Anteil an den Steuerpflichtigen entspricht (71%). Dagegen erreichten nur 6% der Steuerpflichtigen mehr als 25 000 DM; am Gesamtbetrag der Einkünfte waren sie etwa mit 26% beteiligt. Unter ihnen befinden sich

56 Einkunftsmillionäre, darunter 47 Unternehmer und 3 Arbeitnehmer. Die größte Häufigkeit der einheitlichen Schichtung fällt in die Klasse 8 000 bis 12 000 DM mit 26% aller Steuerpflichtigen, die 21% des Gesamtbetrages der Einkünfte auf sich vereinigen.

Klaus Scheithauer

Vergleiche auch: "Die Bruttolöhne der Arbeitnehmer und ihre Besteuerung im Jahre 1968" und "Über 225 000 Einkommensteuerpflichtige in Schleswig-Holstein" in dieser Zeitschrift 1971, S. 73 (April) und S. 207 (Oktober) sowie "Bruttolohn und Lohnsteuer (Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik 1968)" in Wirtschaft und Statistik 1971, S. 173 (März)

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. *1–5*: *1 bis unter 5*.

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

– = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt

oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt,

Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

24. Jahrgang . Heft 4 . April 1972

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1970	1971	1970/1971			1971/1972				
		Monats- durchschnitt		Dez.	Januar	Febr.	Nov.	Dez.	Januar	Febr.	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit											
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 494 ⁺	...	2 511	2 513	2 516	2 543	
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 548	1 473	1 452	946	1 024	1 091	1 371	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	7,5	...	6,8	4,4	5,3	5,2	6,3	
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 930	2 794	2 928	2 921	2 756	2 518	2 554	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	14,1	...	13,7	13,7	14,3	12,1	11,8	
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 749	2 663	2 776	2 748	2 445	2 769	2 909	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	13,2	...	13,0	12,9	12,7	13,3	13,5	
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	85	57	62	55	39	77	44	
*	je 1 000 Lebendgeborene	22,2	20,5	21,2	18,8	14,2	30,6	17,2	
* Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	+ 181	+ 131	+ 152	+ 173	+ 311	- 251	- 355	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	+ 0,9	...	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,6	- 1,2	- 1,6	
Wanderungen											
* Über die Landgrenze Zugezogene	Anzahl	8 382	...	7 277	7 855	7 606	8 254	
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	6 381	...	6 519	5 865	5 004	6 962	
* Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 2 001	...	+ 758	+ 1 990	+ 2 602	+ 1 292	
* Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	9 788	...	9 965	10 142	8 737	11 108	
Wanderungsfälle	Anzahl	24 551	...	23 761	23 862	21 347	26 324	
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	165	...	158	160	156	179	
Arbeitslage											
* Arbeitslose	1 000	8	9	10	14	13	11	14	20	19	
darunter * Männer	1 000	5	5	5	9	7	6	8	12	12	
Offene Stellen	1 000	24	22	18	19	23	16	15	15	18	
darunter für Männer	1 000	15	13	12	12	14	10	9	9	11	
Landwirtschaft											
Viehbestand											
* Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 407 ^a	1 364 ^a	1 407	.	.	.	1 364	.	.	
darunter * Milchkühe	1 000	493 ^a	477 ^a	493	.	.	.	477	.	.	
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	493 ^a	477 ^a	493	.	.	.	477	.	.	
* Schweine	1 000	1 774 ^a	1 667 ^a	1 774	.	.	.	1 667	.	.	
darunter * Zuchtsauen	1 000	183 ^a	169 ^a	183	.	.	.	169	.	.	
darunter * trächtig	1 000	112 ^a	106 ^a	112	.	.	.	106	.	.	
Schlachtungen von Inlandtieren											
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	34	35	36	35	28	45	32	29	25	
* Kälber	1 000 St.	3	2	3	3	3	2	2	2	2	
* Schweine	1 000 St.	200	209	226	230	198	232	227	210	195	
darunter * Hausschlachtungen	1 000 St.	9 ^b	9	18	20	15	17	15	16	12	
* Schlachtmengen 5) aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000 t	25,9	25,1	27,3	25,9	21,7	28,9	25,2	23,5	21,4	
darunter * Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	8,3	8,5	8,3	8,3	6,6	10,6	7,7	7,0	6,2	
* Kälber	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2	
* Schweine	1 000 t	17,4	16,4	18,7	17,4	14,8	18,1	17,4	16,3	15,0	
Durchschnittliches Schlachtgewicht für											
Rinder (ohne Kälber)	kg	241	243	239	245	242	252	247	247	251	
Kälber	kg	61	66	60	59	62	64	69	65	72	
Schweine (ab Januar 1971 neue Berechnungsgrundlage, Vergleichbarkeit mit früheren Zahlen eingeschränkt)	kg	91	82	90	83	81	84	82	84	82	
Geflügel											
Eingelegte Bruteier 6)	* für Legehennenküken	1 000	497	580	166	566	659	495	539	469	553
	* für Masthühnerküken	1 000	911	825	923	709	486	917	769	856	565
* Geflügelfleisch 7)	1 000 kg	803	755	885	813	619	858	833	920	851	
* Milchzeugung	1 000 t	178	174	158	173	168	126	152	170	174	
darunter * an Meiereien geliefert	%	92	92	90	91	91	90	91	92	92	
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,6	11,8	10,1	11,5	12,4	8,7	10,1	11,5	12,6	

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) Ergebnis der Volkszählung vom 27. 5. 1970

1) nach dem Ereignisort

2) nach der Wohngemeinde der Mutter

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1970/71 = 16

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1970	1971	1970/1971			1971/1972			
		Monats- durchschnitt		Dez.	Januar	Febr.	Nov.	Dez.	Januar	Febr.
Industrie und Handwerk										
Industrie ⁸⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	191	...	192	191	191	190	188	187	187
darunter *Arbeiter 9)	1 000	145	...	144	143	144	143	141	139	139
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	24 110	...	23 874	23 204	22 943	24 026	23 381	22 039	22 007
*Löhne (brutto)	Mill. DM	157,2	...	181,4	160,8	154,4	188,0	187,6	170,1	166,0
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	66,6	...	83,1	72,5	69,1	85,2	90,0	60,5	79,3
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ¹⁰⁾	33	...	34	29	26	23	21	15	15
*Gasverbrauch ¹¹⁾	Mill. Ncbm	23,9	...	26,5	28,3	28,4	25,5	28,0	28,9	27,1
*Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. Ncbm	11,2	...	10,8	10,9	10,1	6,2	6,2	5,6	5,6
*Erd- und Erdölgas	Mill. Ncbm	12,7	...	15,7	17,4	18,4	19,3	21,8	21,2	21,5
*Heizölverbrauch	1 000 t	94	...	107	102	101	103	98	98	96
*leichtes Heizöl	1 000 t	19	...	24	24	31	23	25	27	27
*schweres Heizöl	1 000 t	75	...	83	78	70	80	73	71	70
*Stromverbrauch	Mill. kWh	156	...	160	156	157	165	160	158	159
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	37	...	38	35	34	41	38	37	33
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) ¹²⁾	Mill. DM	1 070	...	1 194	984	1 077	1 353	1 459	1 043	1 090
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	144	...	142	124	133	226	192	125	137
Produktionsindex (arbeitstätig)										
*Gesamtindustrie	1962=100	163	...	157	165	173	177	159	152	157
*Bergbau	1962=100	118	...	116	118	123	115	115	110	114
*Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	1962=100	201	...	167	206	215	170	145	132	154
*Investitionsgüterindustrie	1962=100	179	...	185	176	192	190	187	179	174
*Verbrauchsgüterindustrie	1962=100	173	...	172	179	189	223	175	191	201
*Nahrungs- und Genussmittelindustrie	1962=100	123	...	121	126	124	150	137	123	126
außerdem										
Produktionsindex für die Bauindustrie	1962=100	126	...	116	83	121	136	113	74	...
Handwerk (Meßziffern) ¹³⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) (Ende des Vierteljahres)	30.9.1962=100	96	95	96	.	.	.	95	.	.
*Umsatz (einschl. Mehrwertsteuer)	Vj. -D 1962=100	151	171	195	.	.	.	218	.	.
darunter *Handwerksumsatz	Vj. -D 1962=100	155	178	208	.	.	.	234	.	.
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	219	...	294	356	310	315	334	413	344
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	449	...	537	554	488	548	579	681	571
*Gaserzeugung (brutto) ¹¹⁾	Mill. Ncbm	16	...	23	27	22	24	26	35	30
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	62 480	63 049	61 784	60 962	60 498	62 282	61 573	60 048	59 971
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	8 238	8 713	7 739	5 019	7 325	8 410	7 677	4 546	5 861
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	3 414	3 766	3 349	2 227	3 181	3 675	3 484	2 107	2 865
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	964	1 258	836	813	1 200	1 246	1 040	796	1 053
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	3 616	3 484	3 310	1 818	2 735	3 295	2 984	1 581	1 882
*Löhne (brutto)	Mill. DM	66,1	78,2	69,8	41,9	58,7	77,5	77,3	40,9	53,3
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	7,0	8,4	10,1	7,2	6,9	10,5	11,2	8,2	8,2
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	176,7	217,3	372,1	119,1	134,0	241,3	429,5	163,4	131,0

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

8) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

9) einschließlich gewerblicher Lehrlinge

10) eine t Steinkohleinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

11) umgerechnet auf den Heizwert von 4 300 kcal/Ncbm

12) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Erlöse aus Nebengeschäften

13) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1970	1971	1970/1971			1971/1972			
		Monats- durchschnitt		Dez.	Januar	Febr.	Nov.	Dez.	Januar	Febr.
noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	884	977	468	504	698	879	675	587	896
darunter *mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	787	865	417	450	621	760	569	519	784
*umbauter Raum	1 000 cbm	911	1 096	441	576	898	1 021	945	616	1 015
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	115 158	157 576	59 800	77 273	123 120	149 092	146 506	96 273	152 862
*Wohnfläche	1 000 qm	174	209	85	110	179	196	188	117	195
*Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	181	157	132	117	114	161	135	95	110
*umbauter Raum	1 000 cbm	794	698	745	481	350	684	511	289	491
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	75 158	72 917	73 467	37 917	36 494	50 427	61 818	31 910	50 327
*Nutzfläche	1 000 qm	142	126	117	87	64	117	107	56	88
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 357	2 880	1 095	1 562	2 442	2 698	2 659	1 628	2 713
Baufertigstellungen										
Wohnungen 14)	Anzahl	1 837	2 356	12 074	718	749	1 929	16 212	973	650
Wohnräume	Anzahl	7 782	9 876	51 469	3 100	3 116	8 369	65 727	3 918	2 642
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	180,5	214,6	199,4	152,4	173,5	280,2	228,0	165,4	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	23,8	29,2	28,9	19,3	26,1	28,9	36,3	30,9	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	156,7	185,4	170,4	133,1	147,4	251,3	191,8	134,6	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	3,9	3,7	3,3	3,3	3,8	4,3	4,9	3,7	...
*Halbwaren	Mill. DM	12,8	11,5	14,7	10,4	12,4	7,5	10,6	6,5	...
*Fertigwaren	Mill. DM	140,1	170,2	152,5	119,4	131,2	239,6	176,3	124,3	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	14,3	15,7	15,6	12,6	15,1	14,7	16,7	13,6	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	125,8	154,5	136,9	106,8	116,1	224,9	159,6	110,8	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	54,2	65,4	65,2	50,6	54,1	65,6	74,3	60,5	...
darunter Italien	Mill. DM	14,8	19,9	17,4	11,3	11,2	19,1	19,9	13,0	...
Niederlande	Mill. DM	18,9	21,9	20,7	15,5	21,0	24,6	30,2	22,7	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	55,3	58,6	53,0	39,0	47,9	110,5	64,2	42,6	...
darunter Dänemark	Mill. DM	11,2	17,0	15,4	12,4	14,2	12,0	15,8	10,8	...
Großbritannien	Mill. DM	12,7	12,6	7,3	4,3	9,0	68,2	7,6	5,1	...
Norwegen	Mill. DM	8,5	3,9	7,3	2,7	3,2	6,7	5,4	3,7	...
Schweden	Mill. DM	8,8	8,3	8,9	6,7	6,3	8,1	9,5	9,2	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	32 072	32 015	26 966	30 015	30 876	31 003	33 571		
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	36 673	36 934	37 393	34 739	34 660	45 225	35 265		
*Index der Einzelhandelsumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100
*Index der Gastgewerbeumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100
Fremdenverkehr in 136 Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	189	p 190	67	61	69	p 77	p 66	p 59	p 67
darunter *von Auslandsgästen	1 000	20	p 19	9	6	7	p 9	p 7	p 6	p 6
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 514	p 1 546	222	216	233	p 260	p 225	p 222	p 238
darunter *von Auslandsgästen	1 000	41	p 40	18	13	14	p 17	p 15	p 13	p 14
Verkehr										
Seeschifffahrt										
Güterempfang	1 000 t	1 329	...	1 253	1 034	1 096
Güterversand	1 000 t	547	...	518	458	447
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	259	253	315	207	238	250	268	206	195
*Güterversand	1 000 t	373	387	354	178	348	359	348	194	174
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	7 817	8 001	7 152	5 865	7 617	7 206	5 352	6 445	...
darunter										
Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	24	36	11	5	29	11	15	15	...
*Personenkraftwagen 15)	Anzahl	6 925	7 126	6 386	5 195	6 837	6 340	4 588	5 827	...
*Lastkraftwagen	Anzahl	502	471	466	398	447	499	388	353	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 404	1 436	1 594	1 102	1 040	1 488	1 409	1 196	p 992
*Getötete Personen	Anzahl	74	76	84	68	57	94	79	73	p 45
*Verletzte Personen	Anzahl	1 933	1 972	2 200	1 484	1 424	2 025	1 887	1 592	p 1 357

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
 14) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen
 15) einschließlich Kombinationskraftwagen
 c) ist ab Januar 1972 nicht mehr nach Ländern gegliedert

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1970	1971	1970/1971			1971/1972			
		Monats- durchschnitt		Dez.	Januar	Febr.	Nov.	Dez.	Januar	Febr.
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen¹⁶⁾										
*Kredite 17) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	16 502	17 984	16 502	16 602	16 684	18 183	17 984	18 113	...
darunter										
*Kredite 17) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	17 280	17 411	...
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	3 933	3 958	...
*an Unternehmen, Privatpersonen	Mill. DM	3 904	3 813	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	29	145	...
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	1 432	1 417	...
*an Unternehmen, Privatpersonen	Mill. DM	1 358	1 341	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	74	76	...
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	11 915	12 036	...
*an Unternehmen, Privatpersonen	Mill. DM	10 222	10 324	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 693	1 712	...
*Einlagen und aufgenommene Kredite ¹⁷⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	11 288	14 258	11 288	11 413	11 511	12 425	14 258	14 451	...
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	5 478	7 764	5 478	5 566	5 602	6 257	7 764	7 892	...
*von Unternehmen, Privatpersonen	Mill. DM	3 870	4 487	3 870	3 954	3 958	4 524	4 487	4 623	...
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 608	3 277	1 608	1 612	1 643	1 733	3 277	3 269	...
*Spareinlagen	Mill. DM	5 810	6 495	5 810	5 846	5 909	6 168	6 495	6 559	...
*bei Sparkassen	Mill. DM	3 686	4 049	3 686	3 697	3 735	3 852	4 049	4 070	4 103
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	318	353	633	417	303	308	732
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	274	296	349	381	240	278	406
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	12	12	19	10	17	11	17	7	19
*Vergleichsverfahren	Anzahl	1	0,7	3	2	1	-	1	1	2
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	449	357	415	341	297	306	334
*Wechselsumme	Mill. DM	1,136	1,064	1,170	0,938	0,684	0,628	0,918
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
*Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	224 573	266 929	491 530	236 935	234 720	297 510	410 921	350 223	245 170
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	152 308	186 345	408 712	132 970	147 082	215 087	324 915	220 708	147 563
*Lohnsteuer 18)	1 000 DM	97 946	126 774	235 354	121 698	138 524	195 636	155 294	191 803	132 570
*veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	40 050	45 774	119 087	8 086	6 240	6 104	144 156	17 701	11 228
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	1 613	1 651	2 259	1 683	1 566	4 048	1 094	2 231	895
*Körperschaftsteuer 18)	1 000 DM	12 699	12 147	52 012	1 504	752	9 299	24 371	8 972	2 871
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	72 265	80 583	82 817	103 965	87 638	82 424	86 007	129 514	97 607
*Umsatzsteuer	1 000 DM	52 564	59 882	60 759	86 215	69 143	60 580	65 466	109 530	75 008
*Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	19 701	20 702	22 059	17 750	18 495	21 844	20 540	19 984	22 599
*Bundessteuern	1 000 DM	84 313	90 364	108 237	58 108	68 324	83 945	122 593	82 768	93 486
*Zölle	1 000 DM	8 419	8 428	8 899	8 236	7 501	10 395	10 235	8 278	7 242
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	70 830	75 362	91 373	46 182	55 519	69 397	103 122	48 876	81 001
*Landesteuern	1 000 DM	24 387	25 763	21 064	23 212	32 242	33 448	20 391	25 024	35 849
*Vermögensteuer	1 000 DM	5 607	5 272	2 201	1 644	13 036	13 572	750	931	13 250
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	13 205	14 462	13 074	16 301	13 115	13 728	13 846	17 927	13 879
*Biersteuer	1 000 DM	988	1 013	1 007	966	460	969	953	1 025	644
*Grundsteuern im Vierteljahr	1 000 DM	125 325 ⁺	140 471 ⁺	137 714	.	.	.	151 238	.	.
*Grundsteuer A 19)	1 000 DM	7 232 ⁺	6 949 ⁺	6 262	.	.	.	6 960	.	.
*Grundsteuer B 20)	1 000 DM	21 027 ⁺	22 200 ⁺	21 890	.	.	.	20 777	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto) 21)	1 000 DM	74 721 ⁺	86 515 ⁺	84 726	.	.	.	99 792	.	.
*Lohnsummensteuer	1 000 DM	10 846 ⁺	12 259 ⁺	11 731	.	.	.	11 964	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
*Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	202 059	227 530	308 246	192 964	176 760	213 571	340 803	235 977	213 610
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	62 305	74 647	129 273	57 400	47 089	71 929	141 496	78 505	57 498
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	50 586	56 408	57 972	72 775	61 346	57 697	80 205	90 660	62 445
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	4 855	6 110	12 764	4 679	-	-	16 509	4 045	180
*Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	140 434	174 664	301 327	167 369	176 265	207 587	232 409	221 306	179 823
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	69 857	86 188	219 901	57 400	75 794	110 419	141 496	109 172	68 595
*Anteil an den Steuern vom Umsatz 22)	1 000 DM	41 334	56 603	47 597	82 077	68 228	63 720	54 072	83 065	75 199
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	4 855	6 110	12 764	4 679	-	-	16 509	4 045	180
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	147 429 ⁺	185 026 ⁺	186 445	.	.	.	232 356	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 23)	1 000 DM	52 182 ⁺	43 261 ⁺	52 978	.	.	.	31 068	.	.
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	44 644 ⁺	87 810 ⁺	80 479	.	.	.	149 852	.	.

Fußnoten siehe nächste Seite

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1970	1971	1970/1971			1971/1972			
		Monats- durchschnitt		Dez.	Januar	Febr.	Nov.	Dez.	Januar	Febr.
noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	884	977	468	504	698	879	675	587	896
darunter *mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	787	865	417	450	621	760	569	519	784
*umbauter Raum	1 000 cbm	911	1 096	441	576	898	1 021	945	616	1 015
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	115 158	157 576	59 800	77 273	123 120	149 092	146 506	96 273	152 862
*Wohnfläche	1 000 qm	174	209	85	110	179	196	188	117	195
*Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	181	157	132	117	114	161	135	95	110
*umbauter Raum	1 000 cbm	794	698	745	481	350	684	511	289	491
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	75 158	72 917	73 467	37 917	36 494	50 427	61 818	31 910	50 327
*Nutzfläche	1 000 qm	142	126	117	87	64	117	107	56	88
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 357	2 880	1 095	1 562	2 442	2 698	2 659	1 628	2 713
Baufertigstellungen										
Wohnungen 14)	Anzahl	1 837	2 356	12 074	718	749	1 929	16 212	973	650
Wohnräume	Anzahl	7 782	9 876	51 469	3 100	3 116	8 369	65 727	3 916	2 642
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	180,5	214,6	199,4	152,4	173,5	280,2	228,0	166,4	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	23,8	29,2	28,9	19,3	26,1	28,9	36,3	30,9	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	156,7	185,4	170,4	133,1	147,4	251,3	191,8	134,6	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	3,9	3,7	3,3	3,3	3,8	4,3	4,9	3,7	...
*Halbwaren	Mill. DM	12,8	11,5	14,7	10,4	12,4	7,5	10,6	6,5	...
*Fertigwaren	Mill. DM	140,1	170,2	152,5	119,4	131,2	239,6	176,3	124,3	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	14,3	15,7	15,6	12,6	15,1	14,7	16,7	13,6	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	125,8	154,5	136,9	106,8	116,1	224,9	159,6	110,8	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	54,2	65,4	65,2	50,8	54,1	65,6	74,3	60,5	...
darunter Italien	Mill. DM	14,8	19,9	17,4	11,3	11,2	19,1	19,9	13,0	...
Niederlande	Mill. DM	18,9	21,9	20,7	15,5	21,0	24,6	30,2	22,7	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	55,3	58,6	53,0	39,0	47,9	110,5	64,2	42,6	...
darunter Dänemark	Mill. DM	11,2	17,0	15,4	12,4	14,2	12,0	15,8	10,8	...
Großbritannien	Mill. DM	12,7	12,6	7,3	4,3	9,0	68,2	7,6	5,1	...
Norwegen	Mill. DM	8,5	3,9	7,3	2,7	3,2	6,7	5,4	3,7	...
Schweden	Mill. DM	8,8	8,3	8,9	6,7	6,3	8,1	9,5	9,2	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	32 072	32 015	26 966	30 015	30 876	31 003	33 571	c	.
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	36 673	36 934	37 393	34 739	34 660	45 225	35 255	c	.
*Index der Einzelhandelsumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100
*Index der Gastgewerbeumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100
Fremdenverkehr in 136 Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	189	p 190	67	61	69	p 77	p 66	p 59	p 67
darunter *von Auslandsgästen	1 000	20	p 19	9	6	7	p 9	p 7	p 6	p 6
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 514	p 1 546	222	216	233	p 260	p 225	p 222	p 238
darunter *von Auslandsgästen	1 000	41	p 40	18	13	14	p 17	p 15	p 13	p 14
Verkehr										
Seeschifffahrt										
Güterempfang	1 000 t	1 329	...	1 253	1 034	1 096
Güterversand	1 000 t	547	...	518	458	447
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	259	253	315	207	238	250	268	206	195
*Güterversand	1 000 t	373	387	354	178	348	359	348	194	174
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	7 817	8 001	7 152	5 865	7 617	7 206	5 352	6 445	...
darunter										
Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	24	36	11	5	29	11	15	15	...
*Personenkraftwagen 15)	Anzahl	6 925	7 126	6 386	5 195	6 337	6 340	4 588	5 827	...
*Lastkraftwagen	Anzahl	502	471	466	398	447	499	388	353	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 404	1 436	1 594	1 102	1 040	1 488	1 409	1 196	p 992
*Getötete Personen	Anzahl	74	76	84	68	57	94	79	73	p 45
*Verletzte Personen	Anzahl	1 933	1 972	2 200	1 484	1 424	2 025	1 887	1 592	p 1 357

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

14) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

15) einschließlich Kombinationskraftwagen

c) ist ab Januar 1972 nicht mehr nach Ländern gegliedert

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1970	1971	1970/1971			1971/1972			
		Monats- durchschnitt		Dez.	Januar	Febr.	Nov.	Dez.	Januar	Febr.
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen¹⁶⁾										
*Kredite 17) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	16 502	17 984	16 502	16 602	16 684	18 183	17 984	18 113	...
darunter										
*Kredite 17) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	17 280	17 411	...
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	3 933	3 958	...
*an Unternehmen, Privatpersonen	Mill. DM	3 904	3 813	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	29	145	...
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	1 432	1 417	...
*an Unternehmen, Privatpersonen	Mill. DM	1 358	1 341	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	74	76	...
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	11 915	12 036	...
*an Unternehmen, Privatpersonen	Mill. DM	10 222	10 324	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 693	1 712	...
*Einlagen und aufgenommene Kredite ¹⁷⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	11 288	14 258	11 288	11 413	11 511	12 425	14 258	14 451	...
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	5 478	7 764	5 478	5 566	5 602	6 257	7 764	7 892	...
*von Unternehmen, Privatpersonen	Mill. DM	3 870	4 487	3 870	3 954	3 958	4 524	4 487	4 623	...
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 608	3 277	1 608	1 612	1 643	1 733	3 277	3 269	...
*Spareinlagen	Mill. DM	5 810	6 495	5 810	5 846	5 909	6 168	6 495	6 559	...
*bei Sparkassen	Mill. DM	3 686	4 049	3 686	3 697	3 735	3 852	4 049	4 070	4 103
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	318	353	633	417	303	306	732
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	274	296	349	381	240	278	406
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	12	12	19	10	17	11	17	7	19
*Vergleichsverfahren	Anzahl	1	0,7	3	2	1	-	1	1	2
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	449	357	415	341	297	306	334
*Wechselsumme	Mill. DM	1,136	1,064	1,170	0,938	0,684	0,626	0,918
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
*Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	224 573	266 929	491 530	236 935	234 720	297 510	410 921	350 223	245 170
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	152 308	186 345	408 712	132 970	147 082	215 087	324 915	220 708	147 563
*Lohnsteuer 18)	1 000 DM	97 046	126 774	235 354	121 698	138 524	195 636	155 294	191 803	132 570
*veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	40 050	45 774	119 087	8 086	6 240	6 104	144 156	17 701	11 228
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	1 613	1 651	2 259	1 683	1 566	4 048	1 094	2 231	895
*Körperschaftsteuer 18)	1 000 DM	12 699	12 147	52 012	1 504	752	9 299	24 371	8 972	2 871
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	72 265	80 583	82 817	103 965	87 638	82 424	86 007	129 514	97 607
*Umsatzsteuer	1 000 DM	52 564	59 882	60 759	86 215	69 143	60 580	65 466	109 530	75 008
*Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	19 701	20 702	22 059	17 750	18 495	21 844	20 540	19 984	22 599
*Bundessteuern	1 000 DM	84 313	90 364	108 237	58 108	68 324	83 945	122 593	62 766	93 486
*Zölle	1 000 DM	8 419	9 428	8 899	8 236	7 501	10 395	10 235	8 278	7 242
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	70 830	75 362	91 373	48 182	55 519	69 397	103 122	49 876	81 001
*Landessteuern	1 000 DM	24 387	25 763	21 064	23 212	32 242	33 448	20 391	25 024	35 849
*Vermögensteuer	1 000 DM	5 607	5 272	2 201	1 644	13 036	13 572	756	931	13 280
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	13 205	14 462	13 074	16 301	13 115	13 728	13 846	17 927	13 879
*Biersteuer	1 000 DM	988	1 013	1 007	966	460	969	953	1 025	644
*Grundsteuern im Vierteljahr	1 000 DM	125 325 ⁺	140 471 ⁺	137 714	.	.	.	151 228	.	.
*Grundsteuer A 19)	1 000 DM	7 232 ⁺	6 949 ⁺	6 262	.	.	.	6 960	.	.
*Grundsteuer B 20)	1 000 DM	21 027 ⁺	22 200 ⁺	21 890	.	.	.	20 777	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto) 21)	1 000 DM	74 721 ⁺	86 515 ⁺	84 726	.	.	.	99 792	.	.
*Lohnsummensteuer	1 000 DM	10 846 ⁺	12 259 ⁺	11 731	.	.	.	11 964	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
*Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	202 059	227 530	308 246	192 964	176 760	213 571	340 803	235 977	213 610
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	62 305	74 647	129 273	57 400	47 089	71 929	141 496	78 505	57 498
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	50 586	56 408	57 972	72 775	61 346	57 697	60 205	90 660	62 445
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	4 855	6 110	12 764	4 879	-	-	16 509	4 045	180
*Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	140 434	174 664	301 327	167 369	176 265	207 587	232 469	221 306	179 823
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	69 857	86 188	219 901	57 400	75 794	110 419	141 496	100 172	68 595
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	41 334	56 603	47 597	82 077	68 228	63 720	54 072	83 065	75 199
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	4 855	6 110	12 764	4 879	-	-	16 509	4 045	180
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	147 429 ⁺	185 026 ⁺	186 445	.	.	.	232 356	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 23)	1 000 DM	52 182 ⁺	43 261 ⁺	52 978	.	.	.	31 068	.	.
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	44 644 ⁺	87 810 ⁺	80 479	.	.	.	149 852	.	.

Fußnoten siehe nächste Seite

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1970	1971	1970/1971			1971/1972			
		Monats- durchschnitt		Dez.	Januar	Febr.	Nov.	Dez.	Januar	Febr.
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962=100	107,2	...	106,5	107,9	108,2	103,7	104,4	104,4	...
Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	1962=100	116,6	...	118,3	119,9	120,9	121,5	121,6	122,8	...
Grundstoffpreise 24)	1962=100	104,3	105,2	103,4	104,0	104,1	105,4	105,6	105,8	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte ²⁴⁾	1962=100	107,5	112,5	109,6	110,9	111,5	113,1	113,3	114,0	...
landwirtschaftlicher Produkte ²⁴⁾	1961/63=100	106,2 ^d	98,1 ^e	96,0	96,8	96,5	105,0 ^p	106,7 ^p	106,3	...
*Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen am Gebäude 25)	1962=100	147,4	162,7	.	.	155,8	166,2
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 24)	1962/63=100	105,8 ^d	110,8 ^e	109,5	110,5	111,8	114,7	r 115,3	116,2	...
Einzelhandelspreise	1962=100	112,5	118,0	114,1	115,3	116,2	119,7	120,1	121,1	121,7
*Preisindex für die Lebenshaltung ²⁶⁾	1962=100	123,7	130,4	125,2	126,6	127,7	132,5	133,1	134,3	135,0
darunter für										
*Nahrungs- und Genußmittel	1962=100	117,4	122,6	117,2	118,8	120,2	123,8	124,6	126,0	126,6
Kleidung, Schuhe	1962=100	118,0	125,2	120,7	121,7	122,5	128,4	128,7	129,9	130,4
Wohnungsmieten	1962=100	168,5	178,5	172,2	173,3	174,4	181,8	182,2	183,4	184,3
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1962=100	124,4	131,0	128,1	129,5	130,3	134,3	134,9	137,5	138,9
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1962=100	114,1	120,6	116,6	117,4	118,1	123,0	123,3	124,1	124,5
Löhne und Gehälter²⁷⁾										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	297	337	.	322	.	.	.	344	.
darunter *Facharbeiter	DM	318	359	.	344	.	.	.	365	.
*weibliche Arbeiter	DM	178	198	.	185	.	.	.	209	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	173	193	.	181	.	.	.	204	.
Brutostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	6,55	7,48	.	7,15	.	.	.	7,78	.
darunter *Facharbeiter	DM	6,98	7,94	.	7,60	.	.	.	8,21	.
*weibliche Arbeiter	DM	4,32	4,83	.	4,59	.	.	.	5,12	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	4,17	4,68	.	4,47	.	.	.	4,99	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	45,3	45,0	.	45,0	.	.	.	44,3	.
weibliche Arbeiter	Std.	41,2	41,0	.	40,4	.	.	.	40,9	.
Geleistete Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	41,3	40,0	.	40,9	.	.	.	40,8	.
weibliche Arbeiter	Std.	36,8	35,0	.	35,8	.	.	.	37,8	.
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 453	1 638	.	1 550	.	.	.	1 728	.
*weiblich	DM	946	1 076	.	1 016	.	.	.	1 146	.
Technische Angestellte										
*männlich	DM	1 579	1 765	.	1 699	.	.	.	1 859	.
*weiblich	DM	966	1 088	.	1 042	.	.	.	1 180	.
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 270	1 412	.	1 333	.	.	.	1 466	.
*weiblich	DM	795	884	.	841	.	.	.	907	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 437	1 598	.	1 614	.	.	.	1 649	.
weiblich	DM	(911)	(991)
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	1 329	1 484	.	1 404	.	.	.	1 548	.
weiblich	DM	839	938	.	893	.	.	.	974	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 572	1 755	.	1 694	.	.	.	1 848	.
weiblich	DM	965	1 085	.	1 139	.	.	.	1 173	.

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

16) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie ohne die Postcheck- und Postsparkassenämter

17) einschließlich durchlaufender Kredite

18) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

19) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen

20) einschließlich Grundsteuerbeihilfen für Arbeiterwohnstätten

21) Gewerbesteuerzuschüsse abgeglichen

22) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagzahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970

23) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

24) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

25) nur Neubau

26) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit - 1962 - rund 750 DM monatlicher Lebenshaltungsausgaben

27) Effektivverdienste.

d) Wirtschaftsjahr 1969/70 (Juli - Juni)

e) Wirtschaftsjahr 1970/71 (Juli - Juni)

Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ²⁾			
	zum Bau genehmigte Wohnungen ¹⁾ in 1 000	fertiggestellte Wohnungen ¹⁾		Bestand an Wohnungen in 1 000	insgesamt	in EWG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerbl. Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		insgesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau in %						insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	Auslandsgäste
	MILL. DM								in 1 000			
1966	25	26	47	820	1 645	350	665	1 517	1 956	229	13 684	459
1967	25	26	39	847	1 541	445	525	1 385	2 032	240	14 917	479
1968	24	24	29	845 ^a	1 905	545	657	1 722	2 048	238	15 802	473
1969	28	23	24	868 ^a	2 159	656	707	1 901	2 151	235	16 856	466
1970	27	21	19	889 ^a	2 166	651	664	1 880	2 256	236	18 079	489

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar-einlagen am 31. 12. in MILL. DM	Sozialhilfe			Kriegsopferfürsorge
	insgesamt	Kraft-räder	Pkw ³⁾	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt		
									Aufwand in MILL. DM	Aufwand in MILL. DM	Empfänger in 1 000	
	in 1 000											
1966	543	18	421	38	13 379	718	18 019	3 668	104,5	38,7	35,6	14,1
1967	569	12	451	37	14 297	742	19 243	4 158	112,6	40,3	37,5	13,5
1968	596	10	478	38	14 877	769	20 246	4 744	117,8	39,7	34,0	12,7
1969	636	8	516	39	15 153	778	20 619	5 295	124,8	41,4	31,7	11,6
1970	698	7	573	42	16 851	832	23 200	5 810	148,4	49,3	...	13,1

Jahr	Steuern								Neuverschuldung ⁵⁾			
	Steuereinnahmen			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchsteuern	Gewerbe-steuern	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		insgesamt	Lohn-steuer	veranlagte Einkommen-steuer				insgesamt	Kreditmarkt-mittel
	MILL. DM											
1966	1 911	982	441	680	1 245	598	517	646	314	1 950	1 323	971
1967	1 962	1 059	452	686	1 292	616	552	706	321	2 136	1 429	1 074
1968	1 964	1 161	479	586	1 442	701	571	749	340	2 361	1 461	1 081
1969	2 308	1 354	559	805	1 649	869	586	795	409	2 431	1 580	1 106
1970	2 425	1 685	590	867	1 805	1 152	481	850	342	2 641	1 734	1 209

Jahr	Preisindices im Bundesgebiet					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise		für Wohngebäude 1962=100	für die Lebenshaltung ⁶⁾ 1952=100		Industriearbeiter ⁹⁾		Angestellte in Industrie 9) und Handel		öffentlicher Dienst		
	industrieller Produkte ⁷⁾ 1962=100	landwirtschaftlicher Produkte ⁷⁾⁸⁾ 1961/63=100		insgesamt	Nahrungs- und Genußmittel	Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹⁰⁾		
			Männer			Frauen	kaufmännische Angestellte	techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)		
DM												
1966	105,8	109,3	118,5	112,8	112,0	221	135	1 010	636	1 208	1 298	922
1967	104,9	99,8	115,9	114,4	112,0	223	135	1 048	658	1 248	1 298	922
1968	99,3	102,6	120,8	116,1	111,1	235	143	1 110	705	1 284	1 348	953
1969	101,5	106,2	127,2	119,3	114,2	259	157	1 208	758	1 398	1 449	1 021
1970	107,5	...	147,4	123,7	117,4	297	178	1 329	839	1 572	1 589	1 133

- 1) nur Errichtung neuer Gebäude
 2) Fremdenverkehrsjahre (Oktober des vorangegangenen bis September des bezeichneten Jahres)
 3) einschließlich Kombinationskraftwagen
 4) ohne Postspareinlagen
 5) ohne Kassenkredite
 6) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes
 7) ab 1968 ohne Umsatz(Mehrwert)steuer
 8) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni
 9) einschließlich Hoch- und Tiefbau
 10) Endgehalt, Ortsklasse A. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind
 a) auf der Grundlage der Wohnungszählung 1968 fortgeschrieben

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30. November 1971			Bevölkerungsveränderung im November 1971			Kraftfahrzeugbestand am 1. Januar 1972	
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungsgewinn oder -verlust (-)	Bevölkerungszunahme oder -abnahme (-)	insgesamt	Pkw ²⁾
		Vormonat	Vorjahresmonat 1)					
		in %						
FLENSBURG	95 144	- 0,1	- 0,4	- 32	- 74	- 106	24 855	22 548
KIEL	269 723	- 0,1	- 0,8	- 110	- 271	- 381	71 457	64 803
LÜBECK	240 010	- 0,0	+ 0,2	- 63	- 31	- 94	58 672	52 324
NEUMÜNSTER	86 306	+ 0,0	+ 0,3	- 5	10	5	23 979	21 344
Dithmarschen	133 820	- 0,0	- 0,2	- 2	- 64	- 66	43 298	33 241
Flensburg-Land	73 737	+ 0,1	+ 1,9	1	79	80	27 092	20 746
Hzgt. Lauenburg	145 178	+ 0,1	+ 1,3	- 24	109	85	43 329	35 995
Nordfriesland	160 214	- 0,2	+ 1,7	42	- 427	- 385	54 044	42 350
Ostholstein	181 961	- 0,1	+ 2,3	- 6	- 266	- 272	55 714	45 424
Pinneberg	246 648	+ 0,0	+ 2,7	- 7	124	117	72 878	63 294
Plön	109 579	+ 0,2	+ 1,8	- 4	245	241	36 294	29 162
Rendsburg-Eckernförde	227 907	+ 0,2	+ 1,4	- 28	371	343	71 277	56 922
Schleswig	101 036	+ 0,2	+ 1,0	2	169	171	32 916	25 535
Segeberg	175 250	+ 0,3	+ 4,4	26	447	473	64 662	53 438
Steinburg	133 273	+ 0,3	+ 0,6	- 27	451	424	40 877	32 609
Stormarn	163 394	+ 0,2	+ 2,8	- 14	420	406	51 446	44 088
Schleswig-Holstein	2 543 180	+ 0,0	+ 1,3	- 251	1 292	1 041	772 790	643 823

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Februar 1972 (vorläufige Zahlen)			
	Betriebe am 31.1.1972	Beschäftigte am 31. Januar 1972		Umsatz ⁴⁾ im Januar 1972 in Mill. DM	Unfälle	Getötete ⁵⁾	Verletzte
		Anzahl	je 1 000 Einwohner				
FLENSBURG	70	8 301	87	43	32	-	36
KIEL	146	31 857	118	125	104	2	142
LÜBECK	148	30 662	128	123	78	2	98
NEUMÜNSTER	69	10 546	122	32	34	-	41
Dithmarschen	57	5 978	45	76	55	6	81
Flensburg-Land	32	947	13	6	44	1	70
Hzgt. Lauenburg	94	9 398	65	38	46	3	61
Nordfriesland	43	2 411	15	27	65	2	89
Ostholstein	73	5 642	31	35	75	4	101
Pinneberg	224	24 250	98	136	102	3	131
Plön	48	2 669	24	15	34	-	52
Rendsburg-Eckernförde	122	11 581	51	51	82	5	125
Schleswig	39	3 508	35	41	41	1	64
Segeberg	165	13 408	77	80	68	5	95
Steinburg	92	10 885	82	67	60	8	86
Stormarn	121	14 566	89	149	72	3	85
Schleswig-Holstein	1 543	186 609	73	1 043	992	45	1 357

1) nach dem Gebietsstand vom 30. November 1971

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

4) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 131 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 30. September 1971			Offene Stellen am 31. 1. 1972 in 1 000	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer am 31. 1. 1972 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im Januar 1972			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber				1 000 t	darunter an Meiereien geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 3. 12. 1971	Rindvieh am 3. 12. 1971	
		VZ 1961	VZ 1970							insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %									
Schleswig-Holstein	2 541	+ 10	+ 2	15	31	170	92	11,5	1 667	1 364	477
Hamburg	1 786	- 3	- 0	18	66	1	...	10,2	16	16	4
Niedersachsen	7 177	+ 8	+ 1	43	130	340	...	11,1	5 906	2 708	992
Bremen	726	+ 3	+ 0	7	18	2	...	11,2	8	16	5
Nordrhein-Westfalen	17 111	+ 8	+ 1	130	623	227	...	10,5	4 199	1 839	702
Hessen	5 484	+ 14	+ 2	45	264	100	...	9,6	1 393	883	334
Rheinland-Pfalz	3 679	+ 8	+ 1	22	69	72	...	9,3	741	686	252
Baden-Württemberg	9 048	+ 17	+ 2	84	516	197	...	8,8	2 107	1 788	718
Bayern	10 674	+ 12	+ 2	77	340	526	...	8,9	3 860	4 264	1 901
Saarland	1 123	+ 5	+ 0	4	28	8	...	9,6	78	73	28
Berlin (West)	2 087	- 5	- 2	16	76	0	...	14,6	9	2	1
Bundesgebiet	61 435	+ 9	+ 1	461	2 159	1 644	...	9,8	19 985	13 638	5 414

Land	Industrie ¹⁾					Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im November 1971			
	Beschäftigte am 31. 12. 1971		Umsatz ²⁾ im Dezember 1971		Produktions- index ³⁾ 1962=100 im Dez. 1971	Beschäftigte am 30. 11. 1971		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000	je 1 000 Ein- wohner	Mill. DM	Aus- lands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Ein- wohner	Anzahl	je 10 000 Ein- wohner	Anzahl	je 10 000 Ein- wohner
Schleswig-Holstein	188	74	1 459	13	159	62	24	2 698	10,5	1 929	7,5
Hamburg	200	112	1 770	14	121	45	25	1 514	8,4	1 085	6,0
Niedersachsen	788	110	4 655	22	131	177	25	6 705	9,4	5 369	7,5
Bremen	101	139	925	18	175	22	31	373	4,9	993	13,1
Nordrhein-Westfalen	2 643	154	15 922	21	135	388	23	16 029	9,3	11 808	6,9
Hessen	743	135	3 978	23	148	143	26	4 882	8,9	2 808	5,1
Rheinland-Pfalz	406	110	2 822	22	228	88	24	2 988	8,1	2 210	6,0
Baden-Württemberg	1 569	173	8 050	19	138	242	27	12 166	13,5	8 337	9,3
Bayern	1 373	129	7 137	19	153	309	29	11 751	11,0	12 781	12,0
Saarland	172	153	844	27	153	23	20	591	5,2	428	3,8
Berlin (West)	243	117	1 415	10	142	45	21	1 318	6,2	2 472	11,6
Bundesgebiet	8 426	137	48 977	20	149	1 544	25	61 015	9,9	50 220	8,2

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. Juli 1971		Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im Dezember 1971				Bestand an Spar- einlagen ⁷⁾ am 30. 11. 1971 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen		
	insgesamt	Pkw ⁵⁾	Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 je Unfälle		des	des	der
								Landes	Bundes	Gemeinden
	in 1 000						im 4. Vierteljahr 1971			
							in DM je Einwohner			
Schleswig-Holstein	754	626	1 409	79	1 887	140	2 427	224	298	...
Hamburg	509	461	1 124	40	1 513	138	4 616	401	1 800	...
Niedersachsen	2 110	1 734	3 776	316	5 016	141	2 972	240	260	...
Bremen	199	179	386	13	488	130	3 533	287	1 116	...
Nordrhein-Westfalen	4 638	4 085	8 282	406	10 907	137	3 469	269	421	...
Hessen	1 708	1 453	2 905	147	4 097	146	3 815	281	419	...
Rheinland-Pfalz	1 110	897	1 719	112	2 486	151	3 105	231	317	...
Baden-Württemberg	2 789	2 320	4 216	238	6 116	151	3 600	287	437	...
Bayern	3 375	2 647	4 681	299	6 611	148	3 576	253	338	...
Saarland	293	256	531	34	754	148	2 833	233	291	...
Berlin (West)	471	426	1 193	56	1 499	130	2 859	206	632	...
Bundesgebiet	18 028 ^{a)}	15 115 ^{a)}	30 222	1 740	41 374	143	3 417	264	434	...

* An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

4) ohne Bundespost und Bundesbahn

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

7) ohne Postsparanlagen

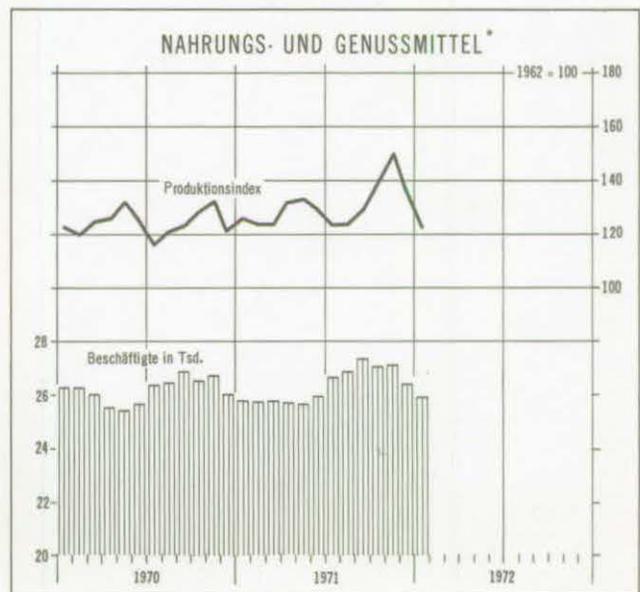
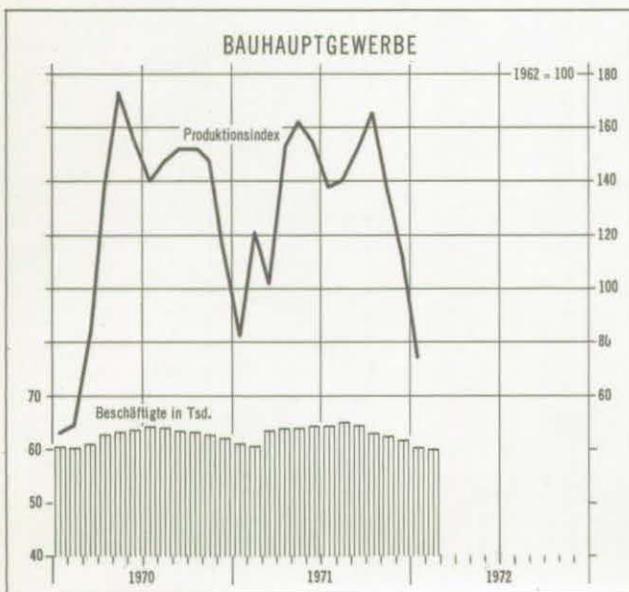
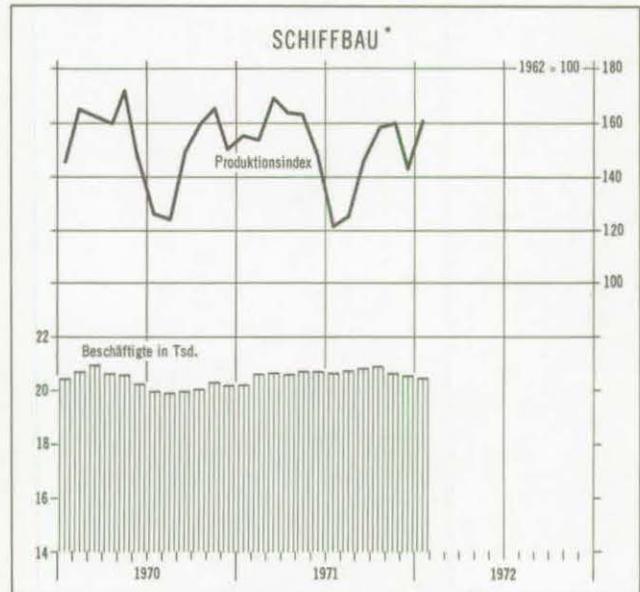
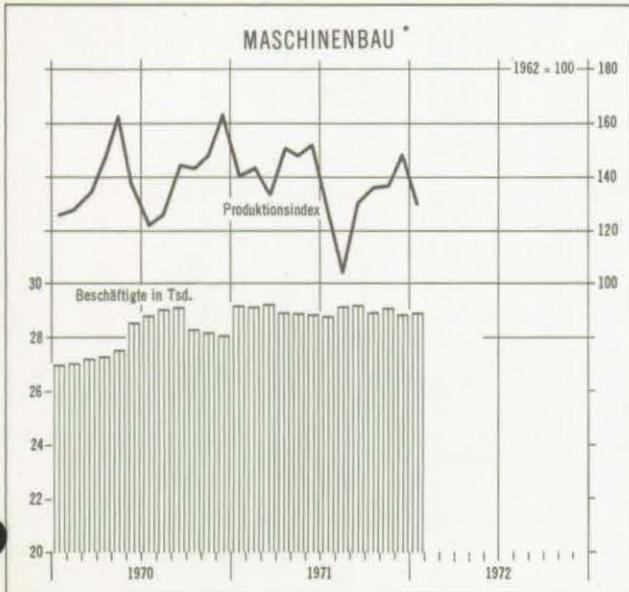
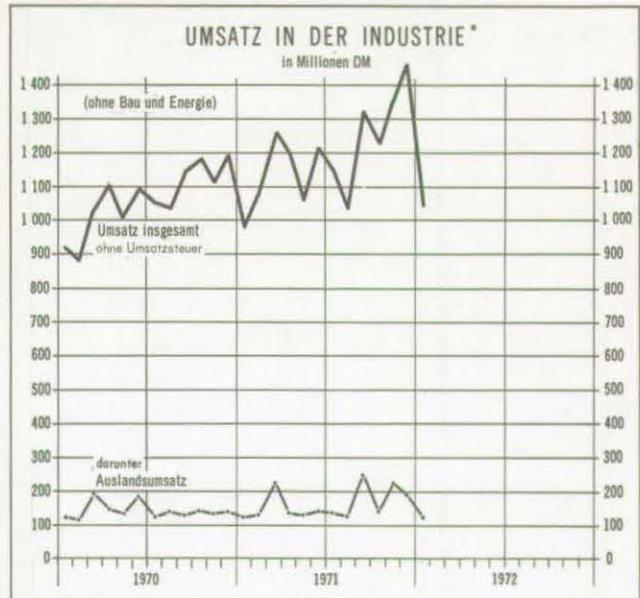
a) einschließlich Bundespost und Bundesbahn: 70 707 Kfz und 29 859 Pkw

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

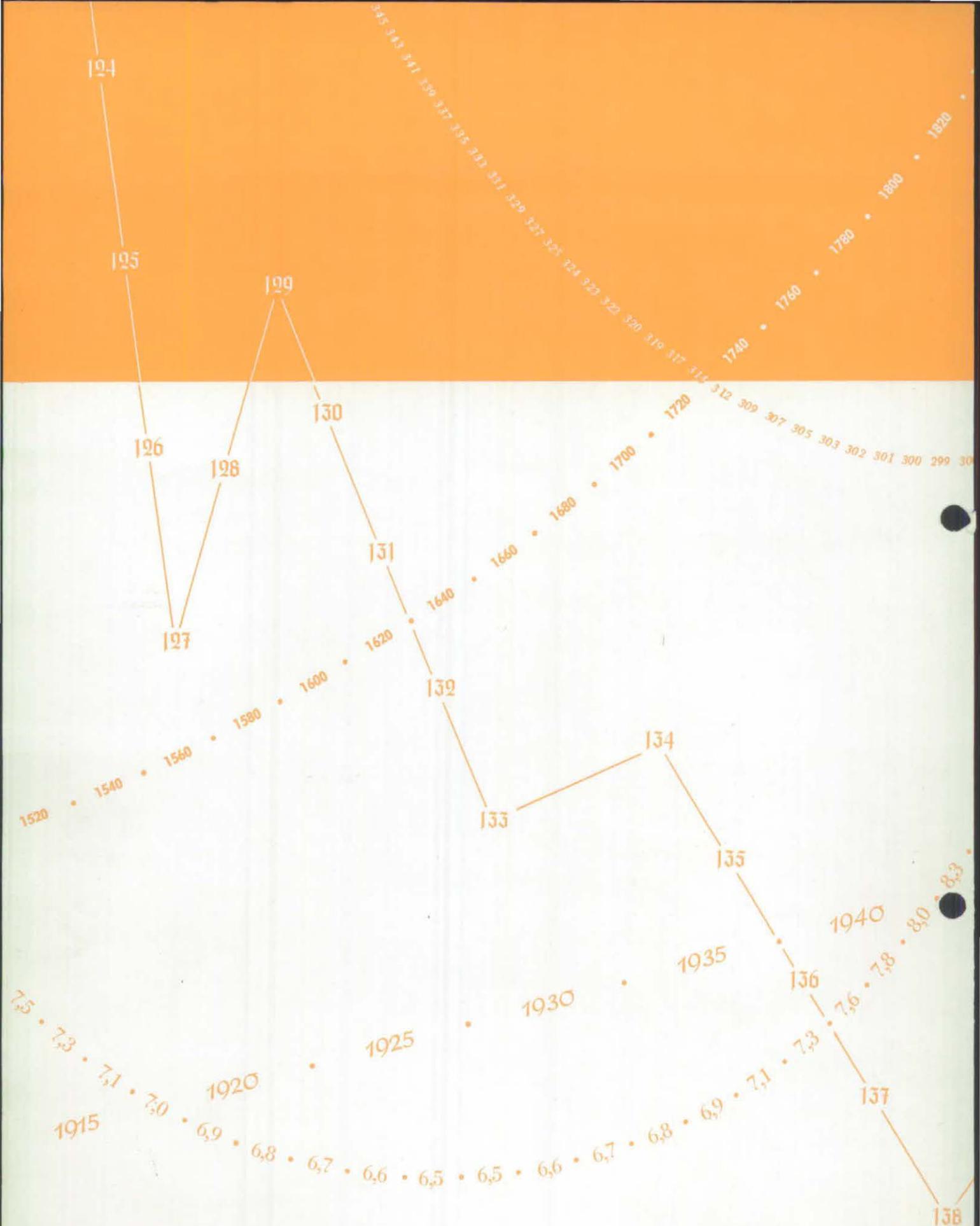
	Heft/Seite
Gebiets- und Bevölkerungsstand	
Altersaufbau der Bevölkerung	1/10
Bevölkerungsentwicklung (Volkszählungen)	2/27
Bevölkerungsvorausschätzung (Teil 2)	1/22
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Gemüseanbau	3/65
Landwirtschaftliche Betriebe 1960 und 1971	1/2
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Wohnungen in Land und Bund	2/34
Wohnungsmieten	1/5
Öffentliche Finanzen	
Personalstruktur öffentlicher Dienst (Teil 1)	3/57
Umsätze 1970	3/50
Versorgung und Verbrauch	
Essen außer Haus	1/17
Langlebige Gebrauchsgüter in den Haushalten	2/40

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die „Wirtschaftskurven“ A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeitervdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.



*) Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11
 Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheya
 Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —
 Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen